



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

14. Sitzung vom 15. Dezember 2025

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.08 Uhr

Leitung: Thomas Häfele Racin (Präsident)

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Nina Eldridge, Leon Behrends, Roman Oberli

Präsident:


Thomas Häfele Racin

Protokoll:


Sandra Matter

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP eröffnet die Sitzung und heisst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrats, die Mitglieder des Gemeinderats sowie die Gäste herzlich willkommen. Besonders begrüsst er die Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, die Protokollführerin Sandra Matter, den Weibel Wachmeister Bloch, den Abwart Daniel Platzgummer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Er teilt mit, dass erstmals Herr Gregor Szyndler vom zukünftigen Binniger Wochenblatt anwesend sei und allenfalls Fotografien anfertigen werde. Allen Anwesenden spricht er seinen Dank für das Erscheinen aus.

Der Präsident führt aus, dass die Traktandenliste auch kurz vor Jahresende gut gefüllt sei. Trotz Sitzungsbeginn um 19.00 Uhr bestehe das Ziel, die Sitzung spätestens um 22.00 Uhr zu beenden, um anschliessend gemeinsam am Weihnachtsapéro der FDP teilnehmen zu können. Vorsorglich sei jedoch bereits eine Zusatzsitzung für den 5. Januar angesetzt worden. Ziel bleibe, sämtliche dringlichen Geschäfte noch an diesem Abend abschliessend zu behandeln, um auf die Januarsitzung verzichten zu können.

Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident appelliert an die Ratsmitglieder, ihre Voten kurz zu halten, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und zielgerichtet zu argumentieren. In einem weiteren Hinweis geht der Präsident auf die Akustik im Saal ein. Er erläutert, dass von mehreren Seiten beanstandet worden sei, dass einzelne Voten akustisch ungenügend verständlich gewesen seien. Er bittet die Rednerinnen und Redner, laut und deutlich zu sprechen sowie das Mikrofon korrekt zu benutzen, damit die Voten von allen Ratsmitgliedern und den Gästen verstanden werden können.

Anschliessend äussert sich der Präsident zur Rats-Etikette. Er erklärt, dass ihm mehrfach rückgemeldet worden sei, der Umgangston im Rat sei teilweise als gehässig und respektlos empfunden worden und bei gewissen Voten habe der parlamentarische Anstand gefehlt. Er erinnert daran, dass alle Ratsmitglieder als Idealistinnen und Idealisten gewählt worden seien, um sich für das Wohl der Gemeinde Binnigen einzusetzen. In diesem Saal gebe es keine Feinde, sondern Kolleginnen und Kollegen mit unterschiedlichen Ansichten, die sich nach bestem Wissen für das Gemeinwohl engagierten.

Der Präsident findet, dass sich der Rat nicht an der Schärfe und Aggressivität von Debatten auf nationaler Ebene orientieren solle. Niemand im Saal habe es nötig, durch herablassende oder unflätige Voten mediale Aufmerksamkeit zu erlangen. Diskussionen seien zwar essenziell für ein Parlament, die Qualität der Arbeit hänge jedoch unmittelbar von der Qualität des Diskurses ab. Er appelliert an die Ratsmitglieder, sachlich, respektvoll und anständig zu debattieren. Nicht nur vor den Festtagen, sondern grundsätzlich. Abschliessend lädt er dazu ein, nach der Sitzung gemeinsam anzustossen, bedankt sich für die Aufmerksamkeit und wünscht eine effiziente Sitzung.

Präsenz

Der Präsident teilt mit, dass Nina Eldridge (Mitte/GLP), Leon Behrens (FDP) sowie Roman Oberli (SVP) entschuldigt fehlen. Anwesend seien somit 37 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr liege bei 19 Stimmen, das Zweidrittelmehr bei 25 Stimmen.

Bevor zu den Geschäften übergegangen werde, kündigt der Präsident eine erneute Probeabstimmung an. Er erinnert daran, dass an der letzten Sitzung die Frage gestellt worden sei, wer über Ausstandsbegehren bei Interessenskonflikten entscheide. Gemäss § 6 der Geschäftsordnung liege diese Kompetenz beim Einwohnerrat. 23 Ratsmitglieder hatten mit ihrer Antwort richtiggelegen.

Er informiert weiter über den aktuellen Stand des Quiz-Rankings: Gaida Löhr und Jonathan Noack von der SP führten weiterhin mit drei Punkten, gefolgt von acht Ratsmitgliedern mit je zwei Punkten. Die

heutige Quizfrage betreffe die Rats-Etikette. Er erläutert, dass Rednerinnen und Redner bei Verletzung des parlamentarischen Anstands das Wort entzogen werden könne und bei fortgesetzter Störung ein Ausschluss von der Sitzung möglich sei. Anschliessend stellt er die Frage, ob über einen solchen Ausschluss das Präsidium (JA), der Weibel (NEIN) oder der Einwohnerrat (Enthaltung) entscheide, und erklärt das Abstimmungsverfahren.

21 Ratsmitglieder seien der Ansicht gewesen, das Präsidium entscheide über den Ausschluss. Er erläutert, dass eine Enthaltung korrekt gewesen wäre, da der Einwohnerrat über den Ausschluss entscheide. Nach Abschluss der Probe-Abstimmung stellt der Präsident fest, dass vier Personen nicht abgestimmt hätten und hofft, dass bei der nächsten Abstimmung alle Geräte ordnungsgemäss funktionieren.

Neue Vorstösse

Nr. 103, Anfrage S. Siegel, SVP: Anbringung ausländischer Hoheitszeichen auf öffentlichem Grund in Binningen

Nr. 104, Interfraktionelles Postulat, Bessere Ordnung und mehr Sicherheit durch Zweiradparkplätze

Nr. 107, Anfrage T. Haefele, FDP: «Rettet die Kunsti Margarethen»

Nr. 108, Postulat: P. Frauchiger FDP: Beitrag der Gemeinde Binningen zum Erhalt und zur Erneuerung des Sonnenbads St. Margarethen

Nr. 109, Interpellation: Umsetzung von sicheren Velorouten in der Gemeinde Binningen

Der Präsident teilt mit, dass seit der letzten Sitzung fünf neue Vorstösse eingegangen seien. Erstens liege eine Anfrage von Stefan Siegel zur Anbringung ausländischer Hoheitsabzeichen vor; die Antworten des Gemeinderats seien veröffentlicht. Zweitens sei ein interfraktionelles Postulat zu Ordnung und Sicherheit durch Zweiradparkplätze eingereicht worden. Auf Nachfrage verzichteten die Postulanten auf eine Begründung. Drittens liege eine Anfrage des Präsidenten selbst zur Zukunft der Kunst-Eisbahn Margarethe vor; auch hierzu seien die Antworten veröffentlicht. Viertens erwähnt er ein Postulat von Peter Frauchiger zum Erhalt des Sonnenbads Margarethe; auch hier verzichte der Postulant auf eine Begründung. Fünftens nennt er eine Interpellation der Mitte/GLP-Fraktion zum Thema Velorouten in Binningen, die jedoch verspätet eingereicht worden sei. Er bittet darum, Vorstösse künftig spätestens bis Freitagmittag vor der Sitzung einzureichen.

Der Präsident leitet zur Traktandenliste über und weist auf einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion hin. Er bittet die Fraktionspräsidentin um eine kurze Begründung.

Brigitte Schori, FDP erläutert den Antrag und beantragt, die Gesundheitsgeschäfte, namentlich die Traktanden 8, 11, 12 und 13, direkt nach dem Traktandum 5 zu behandeln, also im Anschluss an den Quartierplan «Spiesshöfli».

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP fragt, ob weitere Anträge zur Traktandenliste oder Wortmeldungen zum Änderungsantrag vorlägen. Da dies nicht der Fall ist, lässt er über den Antrag abstimmen. Nach Bekanntgabe des Resultats, stellt er fest, dass erneut nur 36 Personen abgestimmt hätten, und erkundigt sich nach der fehlenden Stimme. Er stellt fest, dass Peter Bertschi nicht abgestimmt habe, hält jedoch fest, dass grundsätzlich alle Geräte funktionierten.

ABSTIMMUNG

Antrag zur Traktandenliste: 27 JA / 9 NEIN (Abstimmung 2)

BESCHLUSS

://: Die Traktandenliste werde entsprechend angepasst.

1. **Protokoll vom 3. November 2025**
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.09.2025 88
Budgetbericht 2026, Leistungsaufträge 2026, Finanzplan 2027-2030
Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti
Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Budget 2026 88A
Mitbericht der Immobilien-Kommission zum Budget 2026 88B
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2025 95
Dringliches Postulat H. Steffen, SVP: Schulwegsicherheit Rümelinschulhaus
Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.10.2025 99
Teilrevision Feuerwehrrglement
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.11.2025 105
Quartierplan «Spiesshöfli»
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.10.2025 77
Interpellation H. Steffen, SVP: Mehraufwendungen im Bereich stationärer kommunaler und überkommunaler Pflegefinanzierung
Geschäftskreisführung: a.i. Rahel Bänziger
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.11.2025 89
Postulat B. Schori, FDP: Konsequenzen und Massnahmen für die Gemeinde Binningen aus dem Gutachten «Kosten der stationären Langzeitpflege»
Geschäftskreisführung: a.i. Rahel Bänziger
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.11.2025 93
Interfraktionelles Postulat: Prüfung der Auswirkungen eines möglichen Austritts aus der Versorgungsregion ABS
Geschäftskreisführung: a.i. Rahel Bänziger
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.11.2025 97
Postulat J. Noack, SP: Runder Tisch zum weiteren Vorgehen stationäre Langzeitpflege in Binningen
Geschäftskreisführung: a.i. Rahel Bänziger
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.10.2025 46
1. Lesung Baumschutzreglement
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.10.2025 53
Postulat K. Lancashire, FDP: Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung

Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi

- | | |
|--|------------|
| 12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.09.2025
Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 79 |
| 13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2025
Investitionsausgabe für die Strassensanierung inkl. Einrichtung einer Begegnungszone Ziegel-/Schützenweg
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 106 |
| 14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.11.2025
Interpellation R. Büchelin, SP: Tartanbahn Sportplatz Spiegelfeld
Geschäftskreisführung: Marc Schinzel | 83 |
| 15. Diversa | |

Traktandum 1

Protokoll vom 03. November 2025

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP ruft Traktandum 1 auf, das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 3. November 2025. Er erläutert, dass die Tonanlage an der letzten Sitzung teilweise defekt gewesen sei, weshalb die Tonaufnahmen unvollständig und im Protokoll gewisse Lücken vorhanden gewesen seien. Ralph Büchelin, SP sei der einzige Rat gewesen, der Änderungs- oder Ergänzungswünsche angebracht habe; diese seien vom Büro genehmigt und bereits eingearbeitet worden. Weitere Wortmeldungen lägen nicht vor, womit das Protokoll als genehmigt gelte. Er spricht Sandra Matter und Linda Gerstner seinen Dank für die sorgfältige Arbeit unter erschwerten Bedingungen aus.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Budgetbericht 2026, Leistungsaufträge 2026, Finanzplan 2027-2030

Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Budget 2026

Mitbericht der Immobilien-Kommission zum Budget 2026

Der Präsident ruft Traktandum 2 auf, den Budgetbericht mit Leistungsaufträgen und Finanzplan, den Bericht der Rechnungsprüfungskommission sowie den Mitbericht der Immobilienkommission. Er bittet Brigitte Schori, bereits Platz zu nehmen, und nutzt die Zeit bis zur Platznahme der RPK-Präsidentin für zusätzliche Erläuterungen.

Er erklärt, dass im ursprünglichen Budgetbrief des Regierungsrats kein Teuerungsausgleich und keine generelle Lohnerhöhung vorgesehen gewesen seien und entsprechend auch im Budget der Gemeinde keine Teuerung eingestellt worden sei. Der Landrat habe jedoch am vergangenen Mittwoch beschlossen, dem kantonalen Verwaltungspersonal einen Teuerungsausgleich von 0,3 % sowie eine generelle Lohnanpassung von 0,96 % zu gewähren. Da die Löhne der Binninger Primarlehrpersonen gesetzlich an das kantonale Lohn- und Teuerungssystem gekoppelt seien, gelte die angepasste Lohntabelle auch für diese, was zu einem zusätzlichen Aufwand von 194'000 Franken führe. Dies sei vom Einwohnerrat zur Kenntnis zu nehmen.

Weiter teilt der Präsident mit, dass neu auch ein Antrag des Gemeinderats zum Teuerungsausgleich für das Verwaltungspersonal in Höhe von 0,3 % vorliege, analog zum kantonalen Teuerungsausgleich, was Mehrkosten von rund 55'000 Franken verursache. Bevor er der Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission das Wort erteilt, fragt er den Gemeinderat an, ob dieser zum Teuerungsausgleich noch weitere Erläuterungen anfügen möchte.

Der Gemeinderat teilt mit, dass er keine weiteren Erläuterungen zum Teuerungsausgleich anfügen möchte.

Der Präsident bedankt sich dafür und erteilt anschliessend der Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission das Wort.

Brigitte Schori, FDP, bedankt sich einleitend und begrüsst die Anwesenden. Sie spricht der Verwaltung sowie dem Gemeinderat, insbesondere Eva-Maria Bonetti, ihren Dank für die korrekte Erstellung des

Budgets und den informativen Budgetbericht aus. Ebenso dankt sie den Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission für ihren grossen Einsatz.

Vorab geht sie auf zwei Punkte ein. Erstens erinnert sie daran, dass der Einwohnerrat an der Sitzung vom 23. Juni 2025 die Anträge der RPK genehmigt habe, namentlich Punkt 525i zum Aufwandüberschuss. Die Kommission habe beantragt, bis zum Vorliegen entsprechender Ergebnisse Aufwandüberschüsse auszuweisen, bevor über eine Steuererhöhung debattiert werde. Die Revisionsgesellschaft BDO habe im Rahmen der Zwischenrevision zudem die Einhaltung der Defizitbeschränkung überprüft und bestätigt, dass die gewählte Form der Budgetierung rechtlich korrekt sei.

Zweitens stellt sie klar, dass es niemandes Absicht sei, die Pflege der Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeinstitutionen oder die Löhne des Pflegepersonals zu reduzieren.

Zum Budget erläutert sie, dass dieses die Rechtsgrundlage für die Ausführung der Ausgaben darstelle. Es wäre daher ein falsches Zeichen, während laufender Massnahmen, Verhandlungen sowie der beim Regierungsrat hängigen Beschwerde zu den verfügbaren Taxen im Gesundheitsbereich andere Werte zu budgetieren als jene, die auf dem Vorjahr basierten. Der notwendige Druck müsse aufrechterhalten bleiben. Gespräche mit den Delegierten der Versorgungsregion, dem Stiftungsrat APH und weiteren Gemeinden fänden statt; zudem seien Vorstösse im Landrat eingereicht worden.

Weiter führt sie aus, dass das Budget einen Aufwandüberschuss von 1,8 Millionen Franken bei einem Gesamtaufwand von 101,9 Millionen Franken und einem Gesamtertrag von 100 Millionen Franken ausweise. Die Geldflussrechnung prognostiziere eine Abnahme der flüssigen Mittel um 56,5 Millionen Franken auf 32,6 Millionen Franken. Das Eigenkapital werde auf 127,4 Millionen Franken beziffert.

Das vorgesehene Investitionsvolumen von 52 Millionen Franken umfasse unter anderem Schulhäuser, Sanierungen beim Werkhof und der Gärtnerei, verschiedene Strassen, Schwimm- und Sporthallen, das Spiegelfeld, sowie das Schloss Binningen und den Kauf eines Mehrfamilienhauses als Asylunterkunft.

Die Tragbarkeit des Budgets 2026 sei angesichts der sehr soliden Bilanzstruktur gegeben. Sowohl die Schulden- als auch die Defizitbeschränkung würden im Budget sowie in den Folgejahren eingehalten. Aufgrund der hohen Liquidität könnten die Investitionen vorerst vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass steigende Abschreibungen und Zinsaufwendungen die Erfolgsrechnung künftig belasten würden. Die langfristige Tragbarkeit der Immobilienvorhaben sei im Finanzhaushalt integriert.

Sie betont jedoch, dass Ausgaben und Investitionen massvoll erfolgen müssten. Eine Gesamtbetrachtung der Investitionen sei notwendig, um die gesunde Bilanzstruktur zu erhalten und sicherzustellen, dass die Gemeinde Binningen auch in fünf bis zehn Jahren über ausreichend finanzielle Mittel verfüge. Der Ausblick der langfristigen Finanzplanung bis 2040 zeichne kein erfreuliches Bild: Die Erfolgsrechnungen wiesen negative Salden aus, es zeigten sich negative betriebliche Ergebnisse, eine Abnahme des Bilanzüberschusses sowie der flüssigen Mittel und eine Zunahme des Nettoverschuldungsquotienten.

Zu den Steuereinnahmen erläutert sie, dass die budgetierten 71,9 Millionen Franken leicht unter dem Steuerertrag der Rechnung 2024 von 72,9 Millionen Franken lägen. Aufgrund des Forecasts vom September 2025 mit 69,2 Millionen Franken, der Hochrechnungen sowie der kantonalen Steuerprognosen erachteten sie die kalkulierten Steuereinnahmen als realistisch. Der Gemeinderat habe den erwarteten Zuwachs des Steuerertrags aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre von 1,5 auf 2,5 Prozent angepasst.

Zur Aufgaben- und Finanzplanung 2027 bis 2030 führt sie aus, dass ein betrieblicher Aufwand von 105 Millionen Franken einem betrieblichen Ertrag von 102,8 Millionen Franken gegenüberstehe. Die vorgesehenen Nettoinvestitionen der Planperiode beliefen sich auf 53,6 Millionen Franken. Es werde mit einer Abnahme der flüssigen Mittel um 28,7 Millionen Franken auf 5,2 Millionen Franken gerechnet, womit zusätzliches Fremdkapital erforderlich werde. Aufgrund der prognostizierten Defizite reduziere sich der Bilanzüberschuss auf 38,7 Millionen Franken.

Das Kapital der Spezialfinanzierungen Abfall und Abwasser werde infolge der Aufwandüberschüsse und der notwendigen Entnahmen bis Ende 2029 aufgebraucht sein. Die Bilanzstruktur zeige eine Zunahme des Fremdkapitals auf 102 Millionen Franken; das Eigenkapital werde durch die Ergebnisse der Erfolgsrechnung sowie durch die Auflösung von Vorfinanzierungen und Entnahmen aus Spezialfinanzierungen reduziert.

Zur Tragbarkeit erklärt sie, es sei beunruhigend, dass die Ergebnisse aus der betrieblichen Tätigkeit während der gesamten Planperiode negativ ausfielen. Die tiefe Selbstfinanzierung der Investitionen führe zu einer zunehmenden Verschuldung aufgrund weiterer Finanzierungsfehlbeträge. Zur Deckung des kumulierten Fehlbetrags von 56,1 Millionen Franken werde Fremdkapital in der Höhe von 40 Millionen Franken notwendig sein. Investitionen müssten daher in einem Gesamtzusammenhang betrachtet sowie hinsichtlich Höhe und Notwendigkeit überprüft werden.

Zu Ziffer 4.4, Festlegung der Steuerfüsse, teilt sie mit, dass die RPK dem Antrag des Gemeinderats folge und beantrage, die Steuerfüsse auf dem bisherigen Niveau zu belassen. Vorgesehen seien 49 Prozent der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer sowie 31 Prozent Ertragssteuer und 55 Prozent Kapitalsteuer.

Zu den Direktbeschlüssen führt sie aus, dass die RPK dem Direktbeschluss Kirschtalrain in der Höhe von 200'000 Franken einstimmig zustimme. Der Direktbeschluss für das zweite Kunstrasenfeld über 400'000 Franken werde hingegen einstimmig abgelehnt. Die RPK empfehle dem Einwohnerrat, vom Gemeinderat eine separate Einwohnerratsvorlage zu verlangen, um die Gründe für die Kostenhöhe, die geplanten Arbeiten, die Abstimmung mit der Zivilschutzanlage und der Sanierung sowie den Einbezug aller Sportvereine darzulegen. Die Planungskosten erschienen im Verhältnis zum Kredit von 2,5 Millionen Franken als hoch.

Dem Direktbeschluss Neubau Jugendhaus stimme die RPK einstimmig zu; dieser umfasse 250'000 Franken für den Planungsprozess und zur Schaffung der Entscheidungsgrundlagen. Ebenfalls einstimmig genehmigt werde die Ersatzbeschaffung von Wischmaschinen in der Höhe von 98'000 Franken.

Zu den Berichten der Subkommissionen der RPK geht sie insbesondere auf den Bereich Gesundheit ein. Zusammenfassend stellt sie fest, dass die Pflegekosten zu hoch seien und dass gemäss einem neueren Bundesgerichtsurteil Pflegekosten nicht ausschliesslich auf effektiv ausgewiesenen Kosten basieren sollten, da dies keine Anreize für wirtschaftliches Arbeiten schaffe. Eine nachträgliche Korrektur der Pflegekosten 2025 sei von der Versorgungsregion abgelehnt worden. Im Budget seien weder Rückzahlungen noch Zusatzaufwände berücksichtigt, solange keine verbindlichen Entscheide vorlägen.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit habe das Büro des Einwohnerrats zugestimmt, dass der Gemeinderat direkt mit den Delegierten Kontakt aufnehme. Damit fänden die geforderte Einbindung sowie die Interessenvertretung der Gemeinde statt. Das Gutachten der Universität Basel empfehle, die Grundlagen neu zu berechnen und die Steuern ab 2026 entsprechend anzupassen. Der Gemeinderat habe deshalb Beschwerden gegen die Taxverfügung eingereicht. Die Versorgungsregion habe eine höhere Berechnungsbasis angewendet, möglicherweise zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken kleinerer Pflegeeinrichtungen. Über den Pflegebeitrag trügen die Gemeinde und die Steuerzahlenden damit indirekt zur Stabilisierung der Pflegefinanzierung bei.

Zur Musikschule erläutert sie, dass steigende Kosten zu negativen Ergebnissen führten. Ein Strategiepapier werde dem Einwohnerrat im Frühling 2026 vorgelegt. Als mögliche Massnahmen zur Eindämmung der Fixkosten nennt sie ein gezieltes Reduzieren von Leistungen sowie Kooperationen mit anderen Gemeinden, Basel-Stadt oder Institutionen.

Abschliessend teilt sie mit, dass die RPK dem Gemeinderat empfehle, eine Übersicht über mögliche Leistungsreduktionen zu erstellen, künftige Budgetberichte mit überarbeiteten Leistungszielen dem Einwohnerrat zur Beratung vorzulegen, Probleme bei den Spezialfinanzierungen Abfall und Abwasser transparent darzulegen und Finanzierungsideen zu erarbeiten. Zudem solle eine separate Einwohnerratsvorlage zum zweiten Kunstrasenfeld erarbeitet und die Investitionen insgesamt überprüft sowie mögliche Verschlinkungen oder Verschiebungen aufgezeigt werden.

Die RPK empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Antrag zu folgen, das heisst den Bericht anzunehmen, den Direktbeschluss zum zweiten Kunstrasenfeld auszuschliessen und die Empfehlungen der RPK zu berücksichtigen. Sie bedankt sich abschliessend für die Aufmerksamkeit.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP bedankt sich und bittet nun die Fraktionen um ihre Fraktionsvoten.

GESCHÄFTSBERATUNG

Urs Hauri, Grüne/EVP, richtet seinen Dank an den Gemeinderat sowie an die Verwaltung für den vorliegenden Budgetbericht. Ebenfalls spricht er der RPK Dank aus für die zur Verfügung gestellte Zeit für Diskussionen, für die kritische Auseinandersetzung mit dem Budget sowie für den entsprechenden Bericht. Gleich vorweg teilt er mit, dass die Fraktion der Grünen/EVP dem Budget inklusive der vorliegenden Anträge zustimmen wird.

Zum Ergebnis des Budgets führt er aus, dass das diesjährige Budget ein Minus ausweist, was nichts Neues darstelle. Ein solches Defizit sei in den vergangenen Jahren bereits mehrfach vorgekommen. Auch das strukturelle Defizit sei bekannt. Als speziell an diesem Budget bezeichnet er die Tatsache, dass ein Minus von rund 10 Millionen Franken budgetiert werde, obwohl der Gemeinderat bei den erwarteten Steuereinnahmen optimistisch gerechnet habe. Dies sei bereits von Brigitte Schori erläutert worden. In Bezug auf die Zahlen zur Rechnung 2025 als Versorgungsregion erklärt er, dass er darauf nicht weiter eingehen möchte, da dieses Thema bereits ausreichend behandelt worden sei.

Zu den Steuereinnahmen erläutert er weiter, dass in den vergangenen Jahren jeweils eher pessimistisch budgetiert worden sei, was von einzelnen Vertretern im Parlament auch wiederholt negativ kritisiert worden sei. Vor diesem Hintergrund könne die Fraktion damit leben, dass diesmal und hoffentlich auch künftig optimistischer, aber zugleich realistischer budgetiert werde. Gleichzeitig gibt er zu bedenken, dass bei der Rechnung dann keine so positiven Überraschungen mehr zu erwarten seien wie im vergangenen Jahr, was die andere Seite dieser Vorgehensweise darstelle.

Hinsichtlich des Altersvorsorgeaufwands erklärt er, dass auch eine optimistische Budgetierung aktuell akzeptiert werden könne. Auch hierzu habe Brigitte Schori bereits entsprechende Ausführungen gemacht. Im Zusammenhang mit der Behandlung der Rechnung erinnert er daran, dass der Einwohnerrat vom Gemeinderat verlangt habe, dass Kostensteigerungen nicht einfach hingenommen werden sollen. Aus Sicht der Fraktion müsse jedoch davon ausgegangen werden, dass die Gemeinde für das kommende Jahr ein grösseres Defizit zu tragen habe.

Der Präsident Thomas Haefele, FDP unterbricht die Ausführungen mit dem Hinweis, dass die Mikrofonanlage nicht robust sei und laufend unterbreche. In der Folge werden Mikrofone ausgehändigt. Die Aufnahme wird kurzzeitig unterbrochen, da die Mikrofonanlage erneut aussetzt.

Zum Projekt Kunstrasen Spiegelfeld führt der Sprecher abschliessend aus, dass die Fraktion weiterhin voll und ganz hinter diesem Vorhaben stehe. Es sei bereits viel Geld in die Planung investiert worden, ohne dass Klarheit über die weitere Umsetzung bestehe. Aus diesem Grund wünsche man sich ein zeitnahes Geschäft, zumal ein grosser Bedarf klar ersichtlich sei. Zum Schluss bedankt er sich für die Aufmerksamkeit.

Hubert Steffen, SVP, spricht der zuständigen Gemeinderätin den Dank der SVP-Fraktion für das vorliegende Budget 2026 aus. Gleichzeitig erklärt er, dass die SVP-Fraktion das Budget 2026 aus mehreren Gründen ablehne. Er führt aus, dass heute ein Budget beurteilt werde, das in vielen Bereichen sorgfältig erarbeitet sei. Im Bereich Alter und Gesundheit entsprächen die vorgelegten Zahlen jedoch nicht der Realität. Die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung würden nicht ausreichend abgebildet, das Budget sei in diesem Bereich deutlich zu tief angesetzt.

Der Votant erläutert, problematisch sei insbesondere, dass bei den stationären Gesundheitsangeboten der Versorgungsregionen für das Budget 2026 dieselben Grundlagen wie für das Budget 2025 verwendet worden seien, obwohl bekannt sei, dass diese Position steigen werde. Die Budgetierung werde damit begründet, dass laufende Verhandlungen mit den verschiedenen Institutionen geführt würden, um bereits in der Rechnung verbuchte und abgerechnete Pflögetaxen nachträglich reduzieren zu können. Dies sei aus Sicht der SVP nicht möglich und zudem rechtswidrig. Eine allfällige Rückzahlung könne nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Sollten die Bemühungen dennoch Erfolg haben, wäre es aus Sicht der SVP angebracht, ein in der Zukunft liegendes Verhandlungsergebnis als Grundlage für das Budget 2026 zu verwenden.

Er teilt mit, dass im Budget 2026 in diesem Bereich Kosten von 2 bis 3 Millionen Franken fehlten. Zudem werde im Budget auf Seite 50 von 156 festgehalten, dass der Gemeinderat, die RPK und der Einwohner-rat vor der Behandlung des Budgets 2026 transparent über den Stand der beschlossenen Massnahmen informiert würden. Diese Informationen seien bis heute nicht geliefert worden.

Weiter erklärt Hubert Steffen, dass auch die sogenannte Panoff-Studie aus Sicht der SVP nicht korrekt kommuniziert worden sei. Das als Gutachten bezeichnete Dokument sei lediglich ein Zwischenbericht im Auftrag der Versorgungsregion gewesen und habe der Unterstützung der Verhandlungen gedient. Zum damaligen Zeitpunkt am 22. August seien noch viele Fragen offen gewesen. Die von Panoff berechneten Taxen hätten 93.60 Franken pro Pflögestunde betragen, während die Delegiertenversammlung die Taxe um 1.00 Franken auf 92.60 Franken reduziert habe. Von einem Gutachten könne deshalb keine Rede sein.

Er findet weiter, dass die demografische Entwicklung unterschätzt werde. Die Gemeinde wachse insbesondere bei den älteren Jahrgängen, vor allem bei Personen über 65 und insbesondere über 80 Jahren. Dabei handle es sich nicht um Prognosen, sondern um Fakten. Im Budget fänden sich jedoch keine angemessenen Mittelaufstockungen, weder bei den Unterstützungsleistungen noch bei der Pflegefinanzierung oder der ambulanten Versorgung. Wenn der Bedarf steige, das Budget aber stagniere, entstehe zwangsläufig ein Defizit, entweder finanziell oder in der Versorgung.

Hubert Steffen, SVP, führt aus, dass zwar Kostensteigerungen in der Pflege und Betreuung teilweise berücksichtigt worden seien. Allen sei jedoch klar, dass die Pflegekosten weiter steigen würden. In vielen Bereichen seien die Fallzahlen bereits angepasst worden, und auch die Personalkosten nähmen aufgrund des Fachkräftemangels zu. Wenn dennoch mit Zahlen des Vorjahres budgetiert oder gar gerundet werde, sei dies nicht vorsichtig, sondern unverantwortlich. Dies führe später zu Nachtragskrediten, was keine gute Finanzplanung darstelle, sondern Realitäten in die Zukunft verschiebe.

Er betont, dass es sich bei der Versorgung älterer Menschen um eine Pflichtaufgabe handle, nicht um ein «Nice-to-have». Sie sei sowohl gesetzlich vorgeschrieben als auch moralisch geboten. Eine zu tiefe Budgetierung bei Spitex-Leistungen, Altersberatung, Pflegefinanzierung, Tagesstrukturen und sozialer Unterstützung erzeuge lediglich die Illusion, die Situation im Griff zu haben. In der Realität würden Leistungen finanziert, die nicht budgetiert seien, was letztlich zu ungeplanten Mehrausgaben führe und die Gemeinde belaste. Fehlende Vorsorge führe zu teuren Lücken.

Der Präsident bittet Hubert Steffen, zum Punkt zu kommen.

Hubert Steffen möchte einen weiteren kurzen Punkt zur Defizitbremse anfügen. Er erklärt, dass das Budget mit Steuereinnahmen von 2.5 Prozent veranschlagt worden sei. Damit werde der Grundsatz verletzt, wonach gemäss RPK eine feste Grösse von 1.5 Prozent vereinbart worden sei. Zusammen mit den um 1 Prozent höheren Steuereinnahmen und den nicht budgetierten Kosten im Bereich Alter und Gesundheit würden die Schulden- und Defizitbeschränkungen nicht eingehalten. Aus Sicht der SVP-Fraktion sei das Budget geschönt worden, um keine weiteren Rechenschaftspflichten auszulösen. Aus diesen Gründen werde die SVP-Fraktion das Budget ablehnen und behalte sich trotz der vorgesehenen Massnahmen allfällige rechtliche Schritte vor. Abschliessend dankt er für die Aufmerksamkeit.

Brigitte Schori, FDP, meldet sich zu Wort und teilt mit, dass sie zum Votum von Hubert Steffen Stellung nehmen möchte. Sie erklärt, dass der genannte Betrag von 2 bis 3 Millionen Franken sehr hoch erscheine.

Der Präsident erinnert Brigitte Schori daran, dass es sich aktuell um Fraktionsvoten handle und die Diskussion noch nicht eröffnet sei. Brigitte Schori hält fest, dass sie auf das Votum von Hubert Steffen replizieren wolle.

Richard Bräunlich, SP, richtet sich an den Präsidenten, die Anwesenden und die Gäste und erläutert, dass die SP-Fraktion die geäusserte Besorgnis nicht teile, wonach falsch oder zu tief budgetiert worden sei. Er führt aus, dass in der letzten Rechnung der APH ein Gewinn erzielt worden sei, der in Form von Abschreibungen und Rückstellungen verbucht worden sei. Ein solcher Gewinn sei grundsätzlich erfreulich, jedoch problematisch, wenn die Gemeinde und damit die Steuerzahlenden diesen tragen müssten.

Er erklärt weiter, dass aus Sicht der SP darauf zu achten sei, dass die Steuern so ausgestaltet würden, dass die Gemeinde nicht überdurchschnittlich belastet werde. Das Budget sei aus Sicht der SP-Fraktion in diesem Punkt korrekt und werde voraussichtlich auch entsprechend abgeschlossen. Die SP-Fraktion nehme das Budget an.

Lukas Jegge, Mitte/GLP spricht der Verwaltung und dem Gemeinderat seinen Dank für die sorgfältige Erarbeitung des Budgets aus. Er hebt hervor, dass die im letzten Jahr beschlossenen Verbesserungen eine klare Richtung vorgegeben hätten. Das Budget 2026 schliesse mit einem Aufwandüberschuss von rund 1,8 Millionen Franken ab. Trotz dieses negativen Ergebnisses würden die Vorgaben der Schulden- und Defizitbeschränkungen gemäss beiden Verordnungen eingehalten.

Er erläutert, dass höhere Transfers, steigende Personalaufwendungen sowie erhöhte Betriebs-, Unterhalts- und Gesundheitskosten unter anderem für den Aufwandüberschuss verantwortlich seien. Insgesamt seien Investitionen von 52.4 Millionen Franken vorgesehen, davon 44 Millionen Franken im Verwaltungsvermögen und rund 8 Millionen Franken im Finanzvermögen. Die zwei grössten, vom Souverän beschlossenen Projekte beträfen den Schulcampus Dorf mit 25 Millionen Franken sowie den Erweiterungsbau Meiriacker mit 7 Millionen Franken. Weitere wichtige Vorhaben seien die Sanierung des Werkhofs und der Gärtnerei, die Sanierung der Sporthalle Spiegelfeld sowie die Erneuerung der Schliessanlage der Verwaltung. Im Finanzvermögen sei unter anderem die Sanierung des Schlosses Binningen mit 3.5 Millionen Franken vorgesehen.

Besonders hebt Lukas Jegge die erhöhte Investitionsquote von über 31 Prozent hervor, welche gemäss kantonalem Recht auf eine sehr starke Investitionsfähigkeit hinweise. Dies zeige, dass in die Zukunft der Gemeinde, insbesondere in Bildung und Infrastruktur, investiert werde. Er findet es zudem erfreulich, dass der geplante Birsigpark nicht realisiert werde, da dieser mit zusätzlichen Millionen Franken belastet hätte.

Der Votant führt weiter aus, dass der Finanzplan bis 2030 eine klare Botschaft vermittle. Die flüssigen Mittel würden von 28 Millionen Franken auf rund 5 Millionen Franken sinken, was einen zusätzlichen Fremdkapitalbedarf von 40 Millionen Franken bedeute. Die Kennzahlen lägen zwar noch im grünen Bereich, die Nettoverschuldungsquote liege unter 150 Prozent, und die Defizitbeschränkung werde knapp eingehalten. Dennoch sei die Entwicklung anspruchsvoll und herausfordernd.

Lukas Jegge erklärt, dass Investitionen entscheidend seien, insbesondere da sie teilweise über Jahre hinausgeschoben worden seien. Nun sei der Zeitpunkt gekommen, die anstehenden Investitionen sauber zu priorisieren und im Gesamtkontext zu betrachten. Als Mitglied der RPK unterstützt er die Umsetzung der Empfehlungen, darunter eine kritische Überprüfung der Investitionen, mögliche Verschiebungen, Verschlinkungen oder die Überarbeitung von Leistungszielen. Auch Kooperationen mit anderen Gemeinden sollten geprüft werden. Gleichzeitig müsse sichergestellt werden, dass Grossprojekte fertiggestellt und die langfristige Tragbarkeit gewährleistet würden.

Abschliessend hält er fest, dass das Budget 2026 tragbar sei, langfristig jedoch nur dann, wenn Investitionen konsequent priorisiert und verantwortungsvoll umgesetzt würden. Die GLP-Fraktion genehmige die Anträge des Gemeinderats zum Budget mit Ausnahme der Investition für den zweiten Kunstrasenbau im Spiegelfeld in Höhe von 400'000 Franken, wozu eine Präzisierung erwartet werde. Er dankt für die Aufmerksamkeit.

Brigitte Schori, FDP, erklärt, dass sie sich kurz fassen werde, da sie vieles bereits ausgeführt habe. Sie betont nochmals, dass das vorliegende Budget rechtlich korrekt sei. Dies sei von der Revisionsgesellschaft BDO im Rahmen der Zwischenrevisionen geprüft worden. Die FDP-Fraktion stimme dem RPK-Bericht zu und nehme den Antrag gemäss RPK an.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP, erläutert das weitere Vorgehen. Er erklärt, dass nun in die Detailberatung eingetreten werde. Zunächst würden die neuen Anträge einzeln besprochen und darüber Beschluss gefasst, bevor zum Abschluss gekommen werde.

DETAILBERATUNG

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP, ergreift das Wort und richtet sich an den Präsidenten, die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sowie an die Anwesenden. Sie spricht ihren Dank für die verschiedenen Voten aus und würdigt insbesondere die Präsidentin der RPK, Brigitte Schori, sowie die Mitglieder der RPK für die umfassenden Ausführungen im Bericht. Ebenfalls bedankt sie sich für die mehrheitlich sehr positiven Rückmeldungen zum Budget.

Eva-Maria Bonetti erklärt, dass sie aus ihrer Sicht noch ergänzend zum Budget Stellung nehmen wolle, insbesondere zu den von Hubert Steffen vorgebrachten Punkten. Sie betont, dass im Bereich Alter und Gesundheit bei der Budgetierung der Kosten der Auftrag der RPK sowie des Einwohnerrates umgesetzt worden sei. Die aufgrund der explosionsartigen Kostensteigerungen notwendigen Massnahmen seien sowohl gefordert als auch berücksichtigt worden.

Sie führt aus, dass inzwischen mehrere Massnahmen umgesetzt worden seien. Insbesondere sei ein Gutachten bei einem spezialisierten und renommierten Gesundheitsökonom der Universität Basel,

Professor Felder, in Auftrag gegeben worden, welches den Ratsmitgliedern vorliege. Daraus gehe hervor, dass der Gemeinderat mit seiner Einschätzung richtig gelegen habe. Aus diesem Grund habe der Gemeinderat, wie bereits von Brigitte Schori erwähnt, Beschwerden beim Regierungsrat eingereicht. Nun sei es entscheidend, zunächst das Resultat dieser Beschwerde abzuwarten.

Zum Vorwurf von Hubert Steffen betreffend die Berechnung der Steuereinnahmen mit 2.5 statt 1.5 Prozent erläutert Eva-Maria Bonetti, dass neu mit einem Faktor von 2.5 gerechnet worden sei. Dies entspreche der Finanzplanung des letzten Jahres. Diese Vorgehensweise stütze sich sowohl auf Erfahrungswerte der vergangenen Jahre als auch auf die Steuerprognosen des Kantons. Zudem zeigten die Zahlen der aktuellen Hochrechnung deutlich, dass die Erhöhung der Steuerprognose auf 2.5 Prozent sinnvoll gewesen sei und der Gemeinderat den richtigen Weg eingeschlagen habe.

Sie erinnert daran, dass diese Berechnung bereits im Budget 2025 für die Finanzplanjahre 2026 bis 2029 vorgesehen gewesen sei. Gemäss aktuellem Forecast lägen die Steuereinnahmen per Ende Jahr bei rund 72.9 Millionen Franken, während im Budget 2025 lediglich rund 66.8 Millionen Franken budgetiert worden seien. Damit resultierten Mehreinnahmen von über 6 Millionen Franken gegenüber 2025, was einem Steuerzuwachs von rund 9.0 Prozent entspreche.

Eva-Maria Bonetti erklärt weiter, dass damit offensichtlich sei, dass dieser Steuerbetrag erwirtschaftet werden könne. Gleichzeitig verhindere eine realistische Prognose, dass die Gemeinde Gelder der Steuerzahlenden unnötig anhäufe. Abschliessend hält sie fest, dass vieles bereits gesagt worden sei, und dankt für die Aufmerksamkeit.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP, fragt nach, ob es weitere Voten aus den Fraktionen gebe.

Stephan Siegel, SVP, meldet sich zu Wort und richtet sich an den Präsidenten sowie an die Anwesenden. Er erklärt, dass er nochmals auf die Gesundheitskosten eingehen wolle, da diese die SVP-Fraktion stark beschäftige. Aus Sicht der SVP seien diese Kosten zu tief budgetiert. Es gehe dabei nicht darum, dass Kostenerhöhungen begrüsst würden, sondern darum, dass eine transparente Budgetierung wichtiger sei.

Er führt aus, dass die Versorgungsregionen installiert und die Taxen vereinbart seien. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Einspruch beim Regierungsrat Erfolg habe, schätzt er als sehr gering ein. Dennoch sei dies im Budget nicht deklariert worden. Wie von Eva-Maria Bonetti ausgeführt worden sei, müsse nun abgewartet werden, wie der Entscheid ausfalle. Aus Sicht der SVP dürfe jedoch nicht auf Hoffnung hin budgetiert werden, nur um die Defizitbremse nicht zu verletzen.

Weiter erklärt der Redner, dass es zwar unangenehm sei, wenn die Defizitbremse kurz nach ihrer Einführung bereits verletzt werde, dies jedoch Teil der Realität sei. Die Gemeinde stehe künftig vor einem grossen Schuldenberg, und mit weiterem Wachstum seien zusätzliche Infrastrukturinvestitionen unumgänglich, was die Situation nicht entspannen werde.

Er widerspricht zudem der Aussage, wonach eine höhere Budgetierung automatisch zu höheren Steuereinnahmen führe. Die Defizitbremse sehe vielmehr vor, dass der Gemeinderat zunächst Kosteneinsparungsvorschläge unterbreiten müsse und nicht automatisch Steuererhöhungen erfolgten. Für die SVP seien Richtigkeit und Tragbarkeit zentral. Gerade bei den Gesundheitskosten sei dies aus ihrer Sicht nicht korrekt umgesetzt worden. Kritisch äussert er sich auch darüber, dass mutmassliche Studien zitiert würden, welche die zuständige Kommission selbst nie eingesehen habe und daher auch nicht beurteilen könne. Abschliessend dankt er.

Brigitte Schori, FDP, repliziert auf die Voten der SVP-Fraktion. Sie verweist auf die Interpellation 77 von Hubert Steffen, in welcher unter anderem von überhöhten Pflgetaxen die Rede sei. Daraus folgert sie,

dass die SVP selbst der Ansicht gewesen sei, die Taxen seien zu hoch. Vor diesem Hintergrund könne sie nicht nachvollziehen, weshalb nun eine Erhöhung der Entschädigung für das stationäre Angebot gefordert werde, zumal auch unklar bleibe, in welchem Umfang.

Sie erklärt, dass eine solche Erhöhung nicht bezifferbar sei und eher an einen Basar erinnere als an eine seriöse Budgetierung. Deshalb sei der Wert des Vorjahresbudgets die sinnvollste Grundlage. Zu den erwähnten Zahlen hält sie fest, dass der FDP die Panoff-Studie nicht vorliege. Man vertraue jedoch darauf, dass die Gespräche in der Subkommission korrekt im RPK-Bericht wiedergegeben worden seien.

Die Votantin betont, dass die Gesundheitsaufwendungen nicht stagnierten, sondern die Kostensteigerungen im Budget berücksichtigt seien. Das Ziel, ambulante Leistungen gegenüber stationären zu stärken, sei im Budget umgesetzt. Zu den 1.5 Prozent führt sie aus, dass diese Vereinbarung aus dem Jahr 2018 stamme. Bereits im letzten Finanzplan sei mit 2.5 Prozent gerechnet worden. Ein Blick auf die Rechnungen der vergangenen fünf bis zehn Jahre zeige zudem, dass wiederholt hohe Überschüsse erzielt worden seien.

Zum Vorwurf, Beschwerden seien im Budget nicht berücksichtigt worden, erklärt sie, dass die Beschwerde erst eingereicht worden sei, nachdem das Budget bereits erstellt gewesen sei. Entsprechend habe diese im Budgetbericht nicht erscheinen können.

Daniel Setz, FDP, bedankt sich für die interessanten Ausführungen, möchte jedoch nochmals auf den Punkt von Hubert Steffen zurückkommen. Er verweist auf Seite 50 des Budgets, wo festgehalten sei, dass der Gemeinderat den Stand der beschlossenen Massnahmen zum Zeitpunkt der Budgetbehandlung transparent gegenüber der RPK und dem Einwohnerrat darlegen werde.

Er stellt fest, dass der entsprechende Einwand von Hubert Steffen korrekt sei. Er bittet den Gemeinderat, dieser Verpflichtung nachzukommen und den Einwohnerrat sowie alle Beteiligten auf denselben Informationsstand zu bringen.

Christian Schmid, SVP, hält fest, dass es sich mittlerweile wie ein Ritual anfühle. Der Gemeinderat spreche regelmässig von Sparen, Zurückhaltung und Verantwortung. Betrachtet man jedoch die tatsächliche Entwicklung der Ausgaben, zeige sich aus seiner Sicht genau das Gegenteil.

Er führt aus, dass steigende Personalkosten und ein zunehmender Betriebsaufwand zu beobachten seien und am Ende ein Budget vorliege, das bewusst ein Defizit vorsehe. Die Ausgabensteigerungen lägen dabei massiv über dem Bevölkerungswachstum. Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage, worin genau hier eine Sparpolitik zu erkennen sei.

Christian Schmid erklärt weiter, er sehe keinen einzigen strukturellen Schritt in die richtige Richtung. Stattdessen erkenne er Versuche, mit wohlklingenden Worten Entwicklungen zu verdecken, die im Haushalt längst Realität seien. Wenn der Gemeinderat zur Vorsicht mahne und gleichzeitig höhere Lohnsummen sowie steigende Betriebsausgaben plane, passe dies aus seiner Sicht schlicht nicht zusammen.

Er ergänzt, es werde noch widersprüchlicher, wenn öffentlich von Sparen gesprochen werde, während das Budget 2026 ganz bewusst ein Minus von 1,8 Millionen Franken vorsehe und operative Unterdeckungen fortgeschrieben würden. Dies sei keine Vorsicht, sondern eine politische Entscheidung, die der Bevölkerung anders dargestellt werde, als sie tatsächlich sei.

Der Votant hält fest, wer solche Widersprüche produziere, führe die Bürgerinnen und Bürger hinters Licht. Wenn dies nicht absichtlich geschehe, sei es zumindest Ausdruck politischer Unfähigkeit. Verantwortung werde nicht durch Worte übernommen, sondern durch korrekte Zahlen. Genau diese Zahlen

zeigten seiner Ansicht nach, dass mehr ausgegeben werde, ohne effizienter oder strukturell stabiler zu werden.

Abschliessend erklärt er, dies sei keine Sparpolitik, sondern die Fortsetzung eines Haushalts, der sich nur dank hoher Reserven in dieser Form präsentieren könne. Wenn der Gemeinderat tatsächlich sparen würde, und zwar im operativen Betrieb und nicht nur auf dem Papier von Mitteilungen, könnte heute über Steuersenkungen gesprochen werden, ohne die langfristige finanzielle Stabilität der Gemeinde zu gefährden. Dass dieses Thema nicht einmal geprüft worden sei, zeige aus seiner Sicht deutlich, wie glaubwürdig die Sparbetonung tatsächlich sei. Er dankt für die Aufmerksamkeit.

Lewin Lempert, SP, ergreift das Wort. Er stellt fest, dass von rechts teilweise eine Untergangsstimmung in Bezug auf die Gemeindefinanzen und das Budget erzeugt worden sei. Entscheidend sei jedoch nicht das Budget als Prognose, sondern die Rechnung, welche die tatsächliche finanzielle Entwicklung abbilde.

Er erläutert, dass die Gemeinde in den letzten sieben bis acht Jahren durchgehend Überschüsse erzielt habe, darunter 7 Millionen Franken im letzten Jahr, 6 Millionen Franken im Vorjahr und 9 Millionen Franken in einem weiteren Jahr, ergänzt durch ein Jahr mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Dies zeige, dass die Gemeinde finanziell sehr stabil unterwegs sei.

Lewin Lempert führt aus, dass es nicht darum gehe, die Gemeindeverwaltung möglichst stark zu drücken oder Leistungen für die Bevölkerung auf ein Minimum zu reduzieren. Vielmehr gehe es darum, Lebensqualität zu sichern, Schulen zu finanzieren, den öffentlichen Verkehr zu stärken sowie qualitativ und energetisch sinnvoll zu bauen und zu sanieren. All dies koste Geld und erfordere sowohl angemessene Steuereinnahmen als auch sorgfältig geplante Ausgaben. Das Budget zeige aus seiner Sicht, dass sich die Gemeinde auf einem guten Weg befinde, weshalb er davor warnt, dieses pauschal schlechtzureden.

In einer persönlichen Bemerkung äussert sich Lewin Lempert kritisch zur wiederholten Berufung auf das Gutachten von Professor Stefan Felder. Er verweist auf eine Beurteilung der SRG-Ombudsstelle, wonach bei Auftritten von Professor Felder auf dessen institutionellen Hintergrund hingewiesen werden müsse. Er erläutert, dass es sich dabei um ein von der Pharmaindustrie finanziertes Institut handle und entsprechende Interessen und gesundheitspolitische Agenden eine Rolle spielten. Insbesondere im Bereich der Gesundheitskosten zielten diese aus seiner Sicht auf möglichst tiefe Tarife und Qualitätsreduktionen ab, was er klar ablehne.

Siri Hauri, Grüne/EVP, würdigt die intensiven Auseinandersetzungen aller Beteiligten mit dem Geschäft, insbesondere der RPK und des Gemeinderats. Sie erinnert daran, dass zu Beginn der Sitzung ein respektvoller Umgang miteinander eingefordert worden sei. Die Bezeichnung des Gemeinderats als unfähig gehöre aus ihrer Sicht nicht dazu. Sie betont, dass unterschiedliche Meinungen legitim seien, appelliert jedoch an eine sachliche und respektvolle Diskussion.

Brigitte Schori, FDP, schliesst sich diesem Votum an und dankt Siri Hauri ausdrücklich. Sie hält fest, dass die Massnahmen im RPK-Bericht aufgeführt seien. Es liefen Gespräche mit der Versorgungsregion, das Gutachten werde umgesetzt und entsprechende Verhandlungen geführt. Erhöhungen bei Leistungen führten naturgemäss auch zu höheren Aufwendungen. Grundsätzlich sei der Einwohnerrat für die Ausgaben verantwortlich. Sie plädiert dafür, nun zur Abstimmung überzugehen.

Christian Schmid, SVP, äussert sich nochmals zu den Ausgaben. Er erklärt, dass bei einer genauen Betrachtung der Zahlen, insbesondere der Personalkosten der Gemeindeverwaltung, festzustellen sei, dass diese im Vergleich zu Inflation und Bevölkerungswachstum überproportional gestiegen seien. Trotz fortschreitender Digitalisierung hätten die Kosten massiv zugenommen. Er könne nicht nachvollziehen, wie diese Entwicklung als positiv bewertet werden könne.

Er betont, dass es sich dabei um Steuergelder handle, die von den Einwohnerinnen und Einwohnern von Binningen erwirtschaftet würden. Diese Mittel seien kein abstraktes Staatsgeld, sondern Ergebnis täglicher Arbeit. Ein unkritisches Akzeptieren steigender Ausgaben empfinde er als mangelnde Wertschätzung gegenüber den Steuerzahlenden. Abschliessend dankt er.

Brigitte Schori, FDP, reagiert und erklärt, sie empfinde es als unangemessen, dass behauptet werde, das Budget sei offensichtlich nicht verstanden oder gelesen worden.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP, erteilt daraufhin Gemeinderat Marc Schinzel das Wort, damit dieser sich zu den Investitionsausgaben äussert.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP, dankt dem Präsidenten, den Mitgliedern des Einwohnerrats sowie den Gästen. Er führt aus, dass die Rechnungsprüfungskommission beantragt habe, die Investitionsausgaben für das Spiegelfeld in Höhe von 400'000 Franken nicht direkt zu bewilligen, während der Gemeinderat einen Direktbeschluss beantrage. Er bittet den Einwohnerrat, diesen Direktbeschluss heute zu fassen, und erläutert die Hintergründe.

Er räumt ein, dass die vorliegende Begründung im Antrag zu knapp ausgefallen sei, wofür er sich entschuldigt. Gleichzeitig würdigt er die Arbeit der RPK, die berechnete Fragen gestellt habe. Er präzisiert, dass es sich bei den 400'000 Franken um einen Planungskredit handle, der sich aus drei Elementen zusammensetze: 180'000 Franken (45 Prozent) für die Sanierung des Dachs der Zivilschutzanlage Wassergraben, 168'000 Franken (42 Prozent) für die Erneuerung des Belags des Sportplatzes Spiegelfeld sowie 52'000 Franken (13 Prozent) für die Erneuerung der Beleuchtungsanlage des Sportfelds.

Marc Schinzel erläutert weiter, dass diese Massnahmen im Zusammenhang zu den bereits vorgesehenen Investitionen von 2.5 Millionen Franken für das Sportfeld Spiegelfeld und 1.9 Millionen Franken für die Zivilschutzanlage Wassergraben stünden, was ein Gesamtvolumen von 4.4 Millionen Franken ergebe. Der Planungskredit liege damit deutlich unter 8 Prozent der Gesamtkosten und bewege sich in einem üblichen Rahmen.

Er betont, dass die Sanierung des undichten Dachs zwingende Voraussetzung für sämtliche weiteren Arbeiten sei. Er hält fest, dass es wichtig sei, dass man in jeder Vorlage aufzeige, was die Vor- und Nachteile der verschiedenen Belagsarten seien. Dazu gehörten Belastbarkeit, ökologische Aspekte, Kosten, Unterhalt und Aufwand. Dies werde man in der Bauvorlage darlegen. Man rede nicht einfach davon, Kunstrasen zu planen, sondern werde genau die Varianten transparent aufzeigen.

Abschliessend erklärt er, dass eine Rückweisung keine neuen Erkenntnisse bringen würde. Angesichts des Mangels an Sportflächen sei rasches Handeln erforderlich. Er schlägt vor, den Antrag des Gemeinderats zu präzisieren und verliest den entsprechenden Wortlaut: Ein Direktbeschluss für einen Planungskredit von 400'000 Franken für die Sanierung des Dachs der Zivilschutzanlage Wassergraben sowie für die Erneuerung der Beleuchtung und des Belags des Sportplatzes Spiegelfeld, verbunden mit dem Auftrag an den Gemeinderat, die Vor- und Nachteile sowie Kostenunterschiede der Belagsarten aufzuzeigen. Er empfiehlt, diesem präzisierten Antrag zuzustimmen, und dankt.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP, ergreift das Wort und ergänzt, dass bereits vieles im Bericht sowie in den noch zu behandelnden Vorstössen festgehalten sei. Sie fasst die Massnahmen zusammen: Gespräche mit den Delegierten der Versorgungsregion seien aufgenommen worden, um die Haltung des Gemeinderats einzubringen. Zudem sei eine Überarbeitung des Berechnungsmechanismus für die Taxen beantragt worden, wozu die Versorgungsregion inzwischen arbeite. Ziel sei es, bis spätestens zum nächsten Frühling belastbare Grundlagen für die Budgetierung zu haben.

Weiter erläutert sie, dass gegen die Taxverfügung 2026 Beschwerde eingelegt worden sei. Das Ergebnis dieses Verfahrens bleibe abzuwarten. Sie weist darauf hin, dass der Entscheid des Regierungsrats offen sei. Der Austausch mit den Delegierten erfolge regelmässig, um die Interessen der Gemeinde in der Versorgungsregion geschlossen zu vertreten. Abschliessend hofft sie, dass damit die offenen Fragen beantwortet seien, und dankt.

Marco Giani, FDP, richtet sich an den Präsidenten, die Kolleginnen und Kollegen sowie die Anwesenden. Er äussert sich kurz zum Kunstrasen Spiegelfeld und verweist darauf, dass rund 800 Kinder sowie etwa 52 Erwachsene den Platz wöchentlich nutzten, hinzu kämen weitere Vereine und Schulen. Aus seiner Sicht sei die Nutzung erheblich, und ein zweiter Kunstrasen insbesondere im Herbst, Winter und Frühling notwendig, um den Betrieb sicherzustellen.

Er zeigt Verständnis für andere Interessen, betont jedoch die Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung. Zudem weist er auf die Dringlichkeit der Erneuerung der Beleuchtung hin, da die bestehende Anlage mit alten Dampflampen häufig ausfalle und regelmässig kostenintensive Einsätze von Elektrikern erforderlich mache. Eine moderne LED-Beleuchtung würde nicht nur zuverlässiger sein, sondern auch gezielter leuchten und die umliegenden Liegenschaften weniger beeinträchtigen.

Marco Giani bittet den Einwohnerrat, dem Antrag der GPK, Antrag 6 betreffend Kunstrasen, zuzustimmen und den Direktbeschluss des Gemeinderats zu genehmigen. Er dankt abschliessend.

Gaida Löhr, SP, sagt, sie finde es nicht besonders seriös, wenn anhand von Zahlen, die nur mündlich vorgestellt würden, ein Beschluss gefasst werden solle. Sie sei damit überfordert, wenn nur mündlich erklärt werde, wofür das Geld ausgegeben werde.

Lukas Jegge, Mitte/GLP, möchte wissen, was passiere, wenn das Projekt um ein oder zwei Jahre verschoben werde.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP, bedankt sich für die Frage und erklärt, es bestehe ein akuter Mangel an Sportflächen. Das sei der Ausgangspunkt. Es sei wichtig, jetzt zu handeln, da neue Sportflächen nicht so schnell geschaffen werden könnten. Bestehende Anlagen müssten deshalb möglichst gut genutzt werden. Diese würden sehr stark genutzt, nicht nur von Sportvereinen, sondern auch von Schulen.

Zur Beleuchtung führt er aus, dass die Situation dort ebenfalls gescheitert sei. Leuchtmittel fielen aus, die Masten seien falsch aufgestellt, das Spielfeld werde ungenügend beleuchtet, dafür die umliegenden Wohnungen übermässig. Das sei ein weiterer Grund, rasch zu handeln.

Lukas Jegge, Mitte/GLP, ergänzt, für ihn sei noch wichtig zu verstehen, wie das Ganze mit der Zivilschutzanlage zusammenhänge. Es werde sportlich argumentiert, aber er habe gehört, dass die Zivilschutzanlage darunter saniert werden müsse, da es eine Auflage des Bundes sei. Er bittet um Erklärung des Zusammenhangs.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP, bestätigt, dass die Zivilschutzanlage saniert werden müsse, da das Dach undicht sei und der Belag rund 50 Jahre alt sei. Es gebe einen klaren Auftrag des Bundes, diese Anlagen instand zu halten. Das sei für alle ersichtlich notwendig und entspreche den heutigen Anforderungen.

Olivier Kremo, SVP, fragt, ob ungefähr abgeschätzt werden könne, wann mit einem Ergebnis des Beschwerdeverfahrens zu rechnen sei.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP, erklärt, es gebe verschiedene Beschwerdeverfahren. Eine Beschwerde richte sich gegen die Verfügung der Versorgungsregion, wobei die Leistungserbringer beigeladen würden. Bei einem doppelten Schriftenwechsel mit Fristerstreckungen sei erfahrungsgemäss mit einem Entscheid im nächsten Frühling zu rechnen. Sie könne jedoch nicht sagen, ob der Regierungsrat schnellere Fristen ansetze. Es sei daher schwer abschätzbar, eher Kaffeesatzlesen. Im Januar sei sicher noch nicht mit einem Ergebnis zu rechnen.

Weitere Voten vor der Abstimmung Spiegelfeld. Vor der Abstimmung zum Spiegelfeld werden nochmals Wortmeldungen zugelassen.

Lukas Jegge, Mitte/GLP, fragt, ob man das Geschäft nicht verschieben könne. Er empfinde die Unterlagen als mager und schliesse sich dem Votum von Gaida Löhr an. Er finde das Vorgehen unprofessionell und könne sich nicht vorstellen, auf dieser Grundlage 400'000 Franken gutzuschreiben. Wenn es so bleibe, müsse er Nein stimmen.

Präsident Thomas Häfele, FDP, dankt für das Votum und erklärt, der Antrag sei vom Gemeinderat im Rahmen der Budgetbehandlung gestellt worden. Der Gemeinderat könne während der Behandlung eines Geschäfts Anträge stellen. Das Vorgehen sei deshalb legitim, und er wolle zur Abstimmung schreiten.

Marco Gianni, FDP, weist darauf hin, dass man das Geschäft zwar verschieben könne, aber eigentlich klar sei, worum es gehe. Es gehe nicht nur um Kunstrasen, das sei im Budget unglücklich formuliert worden. Er verweist auf die Leichtathletik und rund 200 Kinder auf der Warteliste. Auch dort setze er sich für Massnahmen ein. Es gehe darum, planen zu können und das Projekt anzupacken. Beim Jugendhaus habe man ebenfalls zugestimmt, obwohl dort weniger Kinder betroffen seien. Wenn man die Umsetzung jahrelang verschiebe, könnten nicht alle Kinder Sport treiben.

Lewin Lempert, SP, sagt kurz, falls es zu einem Nein komme, sei es wichtig, dass die Vorlage sehr zeitnah wieder in den Rat komme. Das Anliegen sei wichtig, man brauche aber eine ausführlichere Dokumentation. Ein erneutes Geschäft im Januar oder Februar sei wünschenswert.

Gaida Löhr, SP, erklärt, es sei für sie ein absolutes Novum, dass im Einwohnerrat Empfehlungen genehmigt würden. Die SP-Fraktion finde es bereits seltsam, Empfehlungen in einem Bericht zu haben, noch seltsamer aber, diese zu genehmigen. Eine Empfehlung sei unverbindlich, eine Genehmigung verbindlich. Das sei absurd. Die SP-Fraktion lehne den Antrag formal ab.

Brigitte Schori, FDP, entgegnet, dass es auch in der Vergangenheit bereits Empfehlungen gegeben habe. Es handle sich nicht um ein neues Vorgehen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP, bittet den Präsidenten der Immobilien-Kommission, seinen Immobilienbericht zu erläutern.

Christoph Daniel Maier, FDP, teilt mit, dass es sich beim vorliegenden Mitbericht um eine Premiere handle, da dieser von der neu geschaffenen, ständigen Immobilienkommission der Gemeinde Binningen stamme. Er führt aus, er wolle den Bericht kurz vorstellen und mit einigen Worten einordnen. Es sei nicht seine Absicht, lange zu sprechen, da man zeitlich dankbar sei, sich kurz zu fassen.

Er erklärt, es handle sich um ein wichtiges neues Instrument für die Gemeinde Binningen. Der Bericht ermögliche dem Einwohnerrat erstmals die gewünschte Transparenz sowie insbesondere die im Rahmen der Budgeterörterung angesprochene Priorisierung der einzelnen Investitionsvorgaben auf einer

objektiven Basis. Er hält fest, dass es heute nicht darum gehe, eine Priorisierung zu verabschieden, sondern darum, sämtliche Investitionsprojekte unabhängig vom Ressort auf derselben Grundlage miteinander zu vergleichen.

Der Votant erläutert weiter, der Wert der heute vorgestellten Matrix liege im Wesentlichen darin, dass ein neuer Beurteilungsmassstab eingeführt werde, der es erlaube, sämtliche Investitionsprojekte über eine einheitliche Leiste miteinander zu vergleichen. Zudem schaffe die Matrix die gewünschte Transparenz in Bezug auf Immobilien und Investitionsvorhaben bereits in einem sehr frühen Zeitpunkt und stärke damit die demokratische Mitwirkung des Einwohnerrates bei der Planung dieser Investitionen. Da der Mitbericht heute erstmals vorliege, diene er gleichzeitig als Basis, um künftig eine Vergleichbarkeit herzustellen und darüber zu diskutieren, wie sich Prioritäten im Verlauf eines Jahres verändert hätten.

Er findet, dies sei womöglich der grösste Gewinn für die Gemeinde, für den Einwohnerrat und letztlich für die Bevölkerung, um festzustellen, ob und wie sich Prioritäten in der Gemeinde verschoben hätten. Dadurch erhielten auch die Investitionsentscheide ein klareres Bild. Er fügt an, die vorgestellte Matrix stelle keine absolute Wahrheit dar, sei aber ein Massstab, an dem sich geplante Investitionen neu messen liessen.

Weiter führt Christoph Daniel Maier aus, der Gemeinderat habe bisher mit dem Budget eine Investitionsplanung vorgelegt, welche die Kommission als unrealistisch einschätze. Dies liege möglicherweise daran, dass der gesamte Planungsprozess noch nicht ausreichend klar definiert sei. Die Kommission schlage daher vor, diesen Planungsprozess in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat im laufenden beziehungsweise insbesondere im nächsten Jahr neu zu definieren, um gemeinsam einen klaren Anfangspunkt für die Investitionsplanungen festzulegen.

Er weist darauf hin, dass die Relevanz für die Gemeinde Binningen unbestritten sei. Es stünden Investitionen von über 200 Millionen Franken an, die nicht alle die gleiche Wichtigkeit hätten. Zudem sei nicht gesagt, dass die Gemeinde diese 200 Millionen Franken langfristig leisten könne oder wolle. Wie von der RPK-Präsidentin bereits angesprochen, könne eine Priorisierung oder Verschiebung in die Zukunft notwendig werden. Diese Entscheide stellten sich jeweils dann, wenn einzelne Baukredite im ordentlichen Verfahren behandelt würden.

Der Votant teilt mit, die Kommission hoffe, mit dieser neuen transparenten Gesamtsicht einen Beitrag dazu leisten zu können, dass zukünftige Investitionsentscheide auf einer objektiveren und transparenteren Grundlage gefällt würden, und bedankt sich abschliessend.

Felix Gerber, Mitte/GLP, stellt eine Frage zur Grundlage der Erarbeitung der Matrix. Er möchte wissen, ob diese auf vorhandenen Daten beruhe oder ob es einen expliziten Auftrag gegeben habe, damit klar sei, auf welcher Basis die Matrix erstellt worden sei.

Christoph Daniel Maier, FDP, repliziert und bedankt sich für die berechtigte und gute Frage. Er erklärt, die Kommission habe sich in mehreren Sitzungen intensiv Gedanken gemacht und die einzelnen Elemente der Entscheidungsmatrix selbst erarbeitet und auf die Binninger Verhältnisse angepasst. Wie bereits erwähnt, handle es sich nicht um eine absolute Wahrheit, jedoch sei viel Zeit investiert worden, um die Matrix zusammenzustellen. Sie basiere letztlich auf einem Punktesystem, das in einer Tabelle berechnet werde und die Bewertung jedes einzelnen Investitionsobjekts abbilde.

Felix Gerber, Mitte/GLP, äussert in einer weiteren Replik, er möchte zusätzlich den Gemeinderat fragen, ob es für die Erstellung der Matrix eine Art Evidenz gebe. Ziel sei es, zu vermeiden, dass erneut Kredite vorgelegt würden, bei denen lediglich Ja- oder Nein-Entscheide möglich seien, sondern dass die Projekte bereits vorgängig entsprechend aufgelegt würden. Er fragt, ob dies im Gemeinderat so besprochen

worden sei, ob man das Vorgehen als sinnvoll erachte und ob davon auszugehen sei, dass die Priorisierung auch bei der zeitlichen Aufgleisung der Projekte und deren Behandlung im Rat berücksichtigt werde.

Präsident Thomas Häfele, FDP, lädt den Gemeinderat ein, sich dazu zu äussern.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP, meldet sich zu Wort, bedankt sich für die Frage und erklärt, wie von Christoph Maier ausgeführt, sei das Ziel, sich Anfang des nächsten Jahres gemeinsam mit der Kommission zusammenzusetzen und den gesamten Bericht zu besprechen. Der Gemeinderat habe sich bisher noch nicht im Detail mit der Matrix auseinandersetzen können, werde jedoch zusammen mit der Kommission die Priorisierung anschauen. Es könne sein, dass einzelne Punkte noch einmal überprüft oder die Matrix leicht justiert werden müsse. Eine vertiefte Auseinandersetzung habe bisher noch nicht stattgefunden, dies werde aber im nächsten Jahr gemeinsam mit der Immobilienkommission erfolgen, um für die kommenden Investitionsplanungen eine fundierte Grundlage zu schaffen. Sie betont, dass der Gemeinderat keine Vorlagen erarbeiten und dem Einwohnerrat unterbreiten werde, ohne sich zuvor grundlegende Gedanken dazu gemacht zu haben.

Gesch. Nr. 88

Budgetbericht 2026, Leistungsaufträge 2026, Finanzplan 2027-2030

ABSTIMMUNG

Antrag Teuerungsausgleich für Verwaltungsangestellte für das Jahr 2026: 37 JA / 0 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 3)

Antrag 1: 35 JA / 0 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 4)

Antrag 2: 28 JA / 7 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 5)

Antrag 3: 37 JA / 0 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 6)

Antrag 4: 36 JA / 0 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 7)

Antrag 5: 24 JA / 5 NEIN / 1 Enthaltungen (Abstimmung 8)

Antrag 6: 32 JA / 0 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 9)

Antrag 6.2: Kunstrasen Spiegelfeld: 20 JA / 14 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 10)

Antrag 7: Kenntnisnahme

Antrag 8: 34 JA / 1 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 11)

Antrag 9: 23 JA / 13 NEIN / 1 Enthaltungen (Abstimmung 12)

Schlussabstimmung Budget: 28 JA / 6 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 13)

Mitbericht der Immobilien-Kommission zum Budget 2026

Antrag 1: Kenntnisnahme

Antrag 2: 28 JA / 3 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 14)

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

Für die Verwaltungsangestellten wird ein Teuerungsausgleich in der Höhe von 0,3% für das Jahr 2026 beschlossen. Der Einwohnerrat nimmt den Teuerungsausgleich von 0,3% und die generelle Lohnanpassung von 0,66% für die Gemeindelehrkräfte zur Kenntnis.

1. Die Leistungsaufträge werden genehmigt.

2. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 62'119'982 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

	CHF
Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	2'510'457
Steuern	1'243'559
Gesundheit	11'808'852
Kultur, Freizeit, Sport	5'269'146
Bildung	25'082'620
Öffentliche Sicherheit	1'625'247
Soziale Dienste	9'378'110
Verkehr, Strassen	3'115'115
Versorgung	1'356'730
Ortsplanung, Baugesuche	730'145

3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 60 022 098 werden genehmigt.

4. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:

- 49 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
- 31 % Steuerfuss für die Ertragssteuer
- 55 % Steuerfuss für die Kapitalsteuer

5. Das Budget der Erfolgsrechnung 2026 mit Aufwendungen von CHF 102'151'628, Erträgen von CHF 100'053'744 und einem Aufwandüberschuss von CHF 2'097'884 wird genehmigt.

6. Folgende Investitionsausgaben (§ 44a Gemeindeordnung) werden direkt beschlossen:

- Kirschtalrain, Strassenkorrektur Erschliessung CHF 120 000
- Kirschtalrain, Erschliessung Parzelle 2041 CHF 80 000
- Planung Neubau Jugendhaus CHF 250 000
- Ersatzbeschaffung Wischmaschine Werkhof CHF 98 000
- 2. Kunstrasenfeld Spiegelfeld CHF 400 000 (mit ergänzenden Informationen)

7. Das Investitionsbudget 2026 mit Ausgaben von CHF 44 571 000, Einnahmen von CHF 165 000 und Nettoinvestitionen von CHF 44 406 000 wird zur Kenntnis genommen.

8. Der budgetierte Stellenetat für 2026 mit 11 961 Stellenprozenten (Kategorie A) wird genehmigt.

9. Die Empfehlungen der RPK werden genehmigt.

Mitbericht der Immobilien-Kommission zum Budget 2026

1. Der Einwohnerrat nimmt den Mitbericht der Immobilien-Kommission zur Kenntnis.

2. Der Gemeinderat wird beauftragt, der Immobilien-Kommission zu Handen des Einwohnerrats die Matrix betreffend die Priorität der Immobilieninvestitionen jeweils mit dem Budget zu aktualisieren

Dringliches Postulat H. Steffen, SVP: Schulwegsicherheit Rümelinschulhaus

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP, leitet zum Traktandum 3 über, dem dringlichen Postulat von Hubert Steffen zur Schulwegsicherheit beim Rümelinschulhaus. Er bittet um die Voten der Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher.

Hubert Steffen, SVP, begrüsst den Präsidenten, den Gemeinderat, die Kolleginnen und Kollegen sowie die Gäste. Er teilt mit, die SVP-Fraktion bedanke sich bei der zuständigen Gemeinderätin für die Beantwortung des Postulats «Schulwegsicherheit». Er bedankt sich im Namen der besorgten Eltern dafür, dass der Sicherheitsdienst bis zum Ende der aktuellen Bauetappe wieder eingesetzt werde. Entgegen der Antwort sei jedoch nach wie vor erkennbar, dass Sperrzeiten verletzt würden. Insbesondere sollte die Gemeindepolizei die einfahrenden Fahrzeuge zur Baustelle besser kontrollieren, da es bei der Einfahrt immer wieder zu unnötigen und gefährlichen Situationen komme. Er merkt an, ihn habe am Bericht gestört, dass von einem subjektiven Sicherheitsgefühl der Eltern gesprochen werde, obwohl es sich aus seiner Sicht um ein ernsthaftes Anliegen handle, das entsprechend ernst genommen werden müsse.

Karin Müller Bürgler, SP, erklärt, die Mehrheit der SP-Fraktion sei mit der Abschreibung des Postulats einverstanden. Es habe einzelne Verstösse gegen die Sicherheitsmassnahmen gegeben, und solche würden auch künftig nicht vollständig zu vermeiden sein. Wenn sich der Gemeinderat jedoch wie bisher darum kümmere und dies mit der Bauleitung thematisiere, gehe man davon aus, dass dies auch weiterhin geschehe. Der Sicherheitsdienst sei wieder im Einsatz und bleibe bis zum Abschluss der aktuellen Bauetappe vor Ort. Deshalb könne der Abschreibung zugestimmt werden. Die Fraktion werde die Situation in der nächsten Bauetappe jedoch weiter beobachten und bei Bedarf erneut reagieren.

Elif Cakar, Grüne, bedankt sich bei allen Beteiligten dafür, dass die Schulwegsicherheit ernst genommen und rasch reagiert worden sei, und teilt mit, dass die Fraktion der Grünen ebenfalls der Abschreibung zustimme.

Gian Kamber, Mitte/GLP, führt aus, er halte sich kurz. Die Fraktion Mitte/GLP nehme den Bericht und die Antwort zum Postulat zur Schulwegsicherheit zur Kenntnis. Die getroffenen Massnahmen sowie das vorgelegte Sicherheitskonzept seien nachvollziehbar und angemessen. Dem zentralen Anliegen des Postulats, dem Einsatz eines Sicherheitsdienstes, sei der Gemeinderat nachgekommen. Die Fraktion Mitte/GLP sei daher mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Daniel Setz, FDP, bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion für den Bericht. Auch die FDP sei mit den getroffenen Massnahmen einverstanden. Die Sicherheit der Kinder müsse gewährleistet sein, insbesondere während einer Bauphase, weshalb ein besonderes Augenmerk notwendig sei. Er empfiehlt, nach Abschluss der aktuellen Bauphase erneut eine Analyse vorzunehmen und dann neu zu entscheiden, ob der Sicherheitsdienst weiterhin eingesetzt werden solle. Die FDP-Fraktion stimme der Abschreibung ebenfalls zu.

Präsident Thomas Häfele, FDP, bedankt sich für die Wortmeldungen und fragt, ob sich die zuständige Gemeinderätin äussern möchte.

Rahel Bänziger, Grüne, bedankt sich für die positive Aufnahme der Überprüfung des Anliegens und erklärt, sie beantworte gerne die noch offenen Fragen. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Eltern sei nicht abschätzig behandelt, sondern ernst genommen worden. Verstösse gegen das Sicherheitskonzept und gegen Sperrzeiten würden weiterhin geahndet. In der zweiten Bauphase werde erneut gemeinsam mit der Polizei und den Verkehrsingenieuren ein Sicherheitskonzept erarbeitet, welches wiederum kritisch geprüft werde. Sie bedankt sich abschliessend.

Ralph Büchelín, SP, richtet eine Frage an Rahel Bänziger und erkundigt sich, ob der zeitliche Beginn der zweiten Bauphase ungefähr benannt werden könne.

Rahel Bänziger, Grüne, antwortet, die zweite Bauphase solle im nächsten Winter beginnen. Man gehe davon aus, dass im Jahr 2026 der Umzug der Schulhäuser Pestalozzi und Margarethen in das neue Schulhaus erfolgen könne. Dies werde im Herbst oder Winter sein. Es gehe vorwärts, und es entstehe etwas sehr Schönes.

Der Präsident schreitet zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

35 JA / 2 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 15)

BESCHLUSS

://: Das Postulat 95 «Schulwegsicherheit Rümelinschulhaus» wird abgeschrieben.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 99

Teilrevision Feuerwehrreglement

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP, eröffnet Traktandum 4 und bittet um die Voten der Fraktionssprechenden.

Karin Glaser, Grüne/EVP, äussert, dass das Reglement offenbar bereits seit rund zehn Jahren nicht ganz korrekt gewesen sei. Dass die Korrektur erst jetzt im Einwohnerrat behandelt werde, erscheine ihr spät, liege aber offenbar daran, dass der Kanton dies erst jetzt beanstandet habe. Positiv sei, dass die Gemeinde korrekt abgerechnet habe. Die Fraktion Grüne/EVP stimme der Teilrevision zu und sehe keinen Bedarf für eine zweite Lesung. Sie dankt.

Erik Schellenberger, SP, hält fest, die SP habe die Teilrevision geprüft und als sinnvoll erachtet. Die Fraktion unterstütze die Anpassung. Er bedankt sich.

Lukas Jegge, Mitte/GLP

(Anmerkung: Schlechte Tonqualität – Aussage unverständlich)

Die Mitte/GLP-Fraktion unterstütze die Teilrevision und verzichte auf eine zweite Lesung.

Marco Giani, FDP, erklärt kurz, auch die FDP sehe keinen Grund für eine zweite Lesung und stimme der Teilrevision zu. Er bedankt sich.

Olivier Kremo, SVP, teilt mit, seine Fraktion werde der Teilrevision zustimmen.

Präsident Thomas Häfele, FDP, weist darauf hin, dass bei einer Teilrevision eines Reglements nur dann eine zweite Lesung stattfinde, wenn dies ausdrücklich vom Rat verlangt werde. Da kein entsprechender Antrag vorliege, werde auf eine zweite Lesung verzichtet. Er schreitet zur Abstimmung.

ABSTIMMUNG

35 JA / 0 NEIN / 0 Enthaltung (Abstimmung 16)

://: Der Einwohnerrat beschliesst die Teilrevision des Feuerwehrreglements der Gemeinde Binningen gemäss Beilage. Die revidierten Bestimmungen treten per 1. Januar 2026 in Kraft.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 105

Quartierplan «Spiesshöfli»

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Präsident Thomas Häfele, FDP, eröffnet Traktandum 5 und bittet um die Voten der Fraktionssprechenden.

Oliver Peter, Mitte/GLP, spricht dem Gemeinderat und der Verwaltung seinen Dank für die Ausarbeitung des schlussfähigen Quartierplans «Spiesshöfli» aus. Er erläutert, es handle sich um einen mehrstufigen Prozess mit Einbezug von Anwohnerinnen und Anwohnern, Fachstellen und Behörden. Das ursprünglich geplante Gebäude sei reduziert worden, wodurch sich die Überbauung gut in die Umgebung einfüge. Es entstehe eine bedeutende Anzahl moderner Wohnungen in einem gut erschlossenen Wohnpark, was die gesamte Birsigachse aufwerte. Die Mitte/GLP-Fraktion unterstütze sämtliche Anträge zum Quartierplan, zum Quartierplanreglement, zum Zonenmutationsplan sowie zum Baulinienplan.

Stefan Kaiser, FDP, führt aus, das Binninger Stimmvolk habe sich mit deutlicher Mehrheit für die Überbauung des Areals «Spiesshöfli» ausgesprochen. Der vorliegende Quartierplan sei die konsequente Umsetzung dieses Entscheids und schaffe die rechtliche Grundlage für die Überbauung. Eine zusätzliche Behandlung in der Bau- und Planungskommission erachte man nicht als notwendig.

Vorbehalte äussert er jedoch zum Verkehrskonzept. Günstiger Wohnraum richte sich oft an Personen mit Arbeitsorten ausserhalb von Binningen, was eine ÖV-Abhängigkeit bedeute. Vor diesem Hintergrund erscheine das Verhältnis von 91 Wohnungen zu 72 Parkplätzen problematisch, insbesondere da das Gewerbe nicht eingerechnet sei. Er führt weiter aus, dass ausführlich über Veloparkplätze diskutiert werde. Dies fördere aus seiner Sicht den Suchverkehr im Quartier. Im Bericht werde lapidar festgehal-

ten, dass dieser durch ein noch zu erarbeitendes Konzept verhindert werden solle und daraus Massnahmen abgeleitet würden. Obwohl Binningen eine Agglomerationsgemeinde von Basel-Stadt sei, bedeute dies nicht, dass man dieselben Fehler machen müsse. Man sei gespannt, wie sich dies entwickle und ob im Nachgang allenfalls doch noch ein gemeindeeigenes Parkhaus notwendig werde.

Peter Bertschi, Grüne/EVP, erklärt, die Fraktion der Grünen und der EVP hätte den Birsigpark bevorzugt, dieser sei jedoch bekanntlich abgelehnt worden. Gleichzeitig sehe man viele positive Aspekte in der nun geplanten Überbauung. Zahlreiche Anliegen der Fraktion seien berücksichtigt worden, unter anderem die hohe Anzahl an Veloparkplätzen, die Fassadenbegrünung sowie der Anschluss an die Fernwärme.

Peter Bertschi, Grüne/EVP, ergänzt, der öffentliche Spiel- und Aufenthaltsplatz zwischen den Gebäuden sei aus Sicht der Fraktion ein wichtiger Faktor, der das Quartier lebens- und bewohnenswert mache. Offen sei jedoch die Frage, ob dieser öffentliche Platz von der Gemeinde finanziert werde oder ob die Gemeinde lediglich den Unterhalt übernehme. Insgesamt sei man mit dem Quartierplan einverstanden und werde dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Eine Behandlung in der Bau- und Planungskommission erachte man nicht als notwendig.

Lewin Lempert, SP, schliesst sich seinen beiden Vorrednern an. Insbesondere die Ausführungen von Stefan Kaiser zu den verkehrlichen Auswirkungen könne er vollumfänglich unterstützen. Ebenso betont er den Aspekt «Vox populi»: Das Volk habe gesprochen, Birsigpark gegen Überbauung, und das Resultat sei sehr klar gewesen, mit 2'940 zu 1'427 Stimmen, also rund ein Drittel zu zwei Dritteln. Dieser Entscheid stehe souverän über einer Kommissionsberatung.

Als Präsident der Bau- und Planungskommission, hält Lewin Lempert fest, dass eine Beratung in der BPK selbstverständlich möglich gewesen wäre, wenn dies von der Mehrheit der Fraktionen gewünscht worden wäre. Er sehe jedoch viele Gründe, weshalb darauf verzichtet worden sei. Gleichzeitig betont er, dass die Eigentümerschaft in der Verantwortung stehe, wie im Quartierplanreglement festgehalten, einen Teil der Wohnungen in einem Preissegment für tiefere Einkommen anzubieten. Auch für den Mittelstand müsse es möglich sein, in dieser Überbauung eine Wohnung zu bezahlen. In persönlichen Gesprächen habe er diesen Willen bei der Eigentümerschaft stets wahrgenommen. Sobald das Projekt realisiert werde, müssten diesen Worten auch Taten folgen. Er bedankt sich.

Christian Schmid, SVP, erklärt, es werde heute nicht einfach ein gewöhnlicher Quartierplan diskutiert. Vielmehr gehe es um einen Plan, bei dem persönliche Interessen und Gemeinwohl aus seiner Sicht sehr eng miteinander verflochten seien, sodass der Eindruck entstehe, gewisse Personen würden bevorzugt. Er erinnert daran, dass der Birsigpark für 20 Millionen Franken abgelehnt worden sei und nicht explizit die Überbauung angenommen worden sei. Als Beispiel führt er den Margarethenstich an. Hier habe der Gemeinderat damals argumentiert, es sei ein Nein wegen der Kosten gewesen und nicht gegen das Projekt an sich.

Weiter führt er aus, dass im Abstimmungsbüchlein wesentliche Punkte nicht erwähnt worden seien. Erstens sei nirgends von sieben Stockwerken die Rede gewesen. Zweitens habe es keine einzige grafische Darstellung gegeben. Drittens sei nicht erwähnt worden, dass von WG 3 auf WG 6 bis 7 aufgezoont werde. Zudem fehlten genaue Angaben zu Flächen und Volumen im Vergleich zu den bestehenden Bauten.

Christian Schmid weist darauf hin, dass ein vor wenigen Wochen zurückgetretenes Mitglied des Gemeinderates im Verwaltungsrat eines Miteigentümers des Grundstücks sitze. Diese Doppelrolle werfe Fragen auf, nicht nur rechtlicher, sondern auch hinsichtlich Stil, Fairness und Transparenz, insbesondere da vom Gemeinderat gegenüber dem Einwohnerrat stets hohe Anforderungen gestellt würden. Wenn politische Verantwortung und private Interessen zusammenfielen, gehe Vertrauen verloren.

Der Votant kritisiert die zusätzliche Gebäudehöhe und die aus seiner Sicht unzumutbare Dichte. Mit WG 3 wäre man einverstanden gewesen, nun seien sieben Stockwerke vorgesehen. Es entstehe der Eindruck, dass das Projekt weniger einer ausgewogenen Ortsplanung diene als vielmehr einzelnen Mietern oder Investoren Vorteile verschaffe. Dies sei nicht gerecht. Bei der Vergabe von hohem Baurecht müssten Infrastruktur, Verkehr, Umwelt, Grünräume, Nachbarschaft und Lebensqualität berücksichtigt werden. Eine Planung, von der wenige profitierten und viele die negativen Folgen trügen, schaffe zwei Klassen von Einwohnerinnen und Einwohnern und widerspreche dem Gemeindesinn. Der Quartierplan werde deshalb abgelehnt. Die SVP beantrage die Überweisung an die Bau- und Planungskommission, um einen Kompromiss zu finden. Andernfalls sei von Anwohnern mit juristischen Verfahren bis vor Bundesgericht zu rechnen. Er bedankt sich.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP, spricht dem Rat seinen Dank für die bisherige Behandlung des Geschäfts aus. Er erläutert den weiteren Ablauf: Nach einem heutigen Beschluss folge die Publikation mit Möglichkeit zur Einsprache. Nach Bereinigung der Einsprachen erfolge die Genehmigung durch den Regierungsrat Basel-Landschaft. Erst danach könne das Bauprojekt starten.

Er führt aus, dass die Revitalisierung des GSI durch den Kanton finanziert werde. Zudem werde eine öffentlich zugängliche Fussgängerbrücke über die Birsig erstellt, wozu es ein separates Einwohnerratsgeschäft geben werde. Die Gemeinde behalte Einfluss auf das Bauprojekt; die Investoren würden im Bauprozess begleitet. Die Grundeigentümer leisteten einen Infrastrukturbeitrag, welcher unter anderem für die Finanzierung der Brücke eingesetzt werde. Zusätzlich bestehe ein gemeindlicher Infrastrukturfonds, ebenfalls Gegenstand eines separaten Geschäfts.

Der Votant ergänzt, dass der öffentliche Spielplatz durch die Grundeigentümer finanziert werde, während der Unterhalt durch die Gemeinde sichergestellt werde. Das Verfahren sei transparent gewesen, mit Mitwirkung und ohne intransparente Absprachen. Die Vorwürfe der SVP weist er zurück. Bei den Investoren handle es sich nicht um private Akteure, sondern um die BLT, die Albert-Lück-Stiftung und den Kanton Basel-Landschaft. Die Mittel flössen somit in den öffentlichen Verkehr und an den Kanton zurück. Zur Verkehrserschliessung verweist er auf seit Jahren funktionierende, nahezu autofreie Siedlungen in Bern mit vergleichbarer Parkplatzzahl. Je weniger Parkplätze erstellt würden, desto mehr Veloparkplätze seien vorgesehen. Er dankt.

Gaida Löhr, SP repliziert auf das Votum von Christian Schmid. Sie teilt mit, dass viele der angesprochenen Punkte bereits ausführlich diskutiert worden seien. Sie stimme inhaltlich in vielem zu, stelle aber fest, dass der Zeitpunkt für diese Grundsatzdiskussionen vorbei sei. Auch die Transparenz sei bereits umfassend behandelt worden.

Olivier Kremo, SVP, erwidert in einer Replik, man habe die Abstimmung über den Park verloren und akzeptiere dies. Ebenso akzeptiere man den Wohnungsbau. Man lehne jedoch die Gebäudehöhe und die aus seiner Sicht entstehende Betonwüste ab. Er warnt vor massiven Infrastruktur- und Sozialkosten infolge zusätzlicher Einwohnerinnen und Einwohner, welche zulasten der heutigen Bevölkerung gingen.

Christian Schmid, SVP, stellt die rhetorische Frage, ob jemand ein Haus bauen würde, ohne zu wissen, wie viele Stockwerke es habe. Er äussert erhebliche Zweifel, dass die Bevölkerung ausreichend darüber informiert gewesen sei, wie hoch die Überbauung tatsächlich werde.

Brigitte Schori, FDP, stellt fest, dass sich die Wortmeldungen wiederholten, und stellt einen Ordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion.

Der Präsident erklärt, dass über den Ordnungsantrag abgestimmt werde. Der Antrag wird angenommen, die Diskussion wird beendet. Es wird noch ein kurzes Votum zugelassen.

Olivier Kreimo, SVP, macht eine letzte Bemerkung zur Frage der Investoren. Die erwähnte Stiftung liege nicht im Interesse der Gemeinde Binningen. Entscheidend sei, dass die Interessen von Binningen vertreten würden. Er dankt.

Präsident Thomas Häfele, FDP, hält fest, dass ein Antrag der SVP auf Überweisung des Quartierplans an die Bau- und Planungskommission vorliegt. Bei der Abstimmung wird die Überweisung abgelehnt.

Der Präsident lässt über das Quartierplanreglement Spiesshöfli in erster Lesung abstimmen und gibt anschliessend das Abstimmungsergebnis bekannt. Er teilt mit, dass das Quartierplanreglement in erster Lesung angenommen worden ist.

Karin Müller Bürgler, SP, stellt anschliessend den Antrag, auf eine zweite Lesung des Quartierplanreglements zu verzichten.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP, bedankt sich und erläutert das weitere Vorgehen. Er führt aus, dass nun über den Antrag von Karin Müller Bürgler auf Verzicht der zweiten Lesung abzustimmen sei. Weiter erklärt er, dass ein Verzicht auf die zweite Lesung nur möglich sei, wenn eine Zweidrittelmehrheit (25 Stimmen) erreicht werde. Dies wurde bei der Abstimmung verpasst, insofern wird es zu einer zweiten Lesung kommen.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion: 20 JA / 13 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 17)

://: Die Diskussion wurde nach einem kurzen Votum beendet

Antrag der SVP auf Überweisung an die RPK: 9 JA / 27 NEIN / 1 Enthaltungen (Abstimmung 18)

://: Der Antrag zur Überweisung an die RPK wird abgelehnt.

Antrag 1: 28 JA / 7 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 19)

Antrag 2: 26 JA / 6 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 20)

Antrag K. Müller auf Verzicht einer 2. Lesung: 21 JA / 13 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 21)

://: Der Antrag 2 kommt in die zweite Lesung

Antrag 3: 26 JA / 7 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 22)

Antrag 4: 27 JA / 7 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 23)

BESCHLUSS

- ://:
1. Der Einwohnerrat beschliesst den Quartierplan «Spiesshöfli» (in erster Lesung).
 2. Der Einwohnerrat beschliesst das Quartierplan-Reglement «Spiesshöfli» (in erster Lesung).
 3. Der Einwohnerrat beschliesst den Zonenplan Siedlung und Landschaft, Mutationsplan «Spiesshöfli» (in erster Lesung).
 4. Der Einwohnerrat beschliesst den Baulinienplan «Spiesshöfli» (in erster Lesung).
-

Interpellation H. Steffen, SVP: Mehraufwendungen im Bereich stationärer kommunaler und überkommunalen Pflegefinanzierung

Präsident Thomas Häfele, FDP, leitet zum nächsten Geschäft über. Er äussert die Hoffnung, dass die anstehenden Geschäfte im Bereich der stationären Langzeitpflege kurz behandelt werden können und sich die Voten auf das Wesentliche beschränken. Anschliessend führt er aus, dass nun zum ursprünglichen Traktandum 8, der Interpellation von Hubert Steffen betreffend *Mehraufwendungen im Bereich stationärer kommunaler und überkommunalen Pflegefinanzierung*, zurückgekehrt werde. Er fragt den Interpellanten, ob eine Diskussion gewünscht sei.

Hubert Steffen, SVP, teilt mit, dass keine Diskussion gewünscht werde.

Über die Kenntnisnahme der Antworten des Gemeinderats müssten abgestimmt werden.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation 77.

Traktandum 7**Gesch. Nr. 89****Postulat B. Schori, FDP: Konsequenzen und Massnahmen für die Gemeinde Binningen aus dem Gutachten «Kosten der stationären Langzeitpflege»**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Der Präsident dankt und erklärt, dass damit zum ursprünglich vorgesehenen Traktandum 11, dem Postulat von Brigitte Schori, FDP, *Konsequenzen und Massnahmen für die Gemeinde Binningen aus dem Gutachten «Kosten der stationären Langzeitpflege»*, übergegangen werde und bittet um die Voten der Fraktionssprechenden.

Brigitte Schori, FDP, spricht dem Gemeinderat ihren Dank für die ausführlichen und fundierten Antworten aus. Sie hält fest, dass ein grosses Fachwissen vorhanden sei und begrüsst die bereits vom Gemeinderat beantragten Massnahmen sowie die eingereichten Vorstösse. Positiv wertet sie zudem den Konsens innerhalb der Versorgungsregion, wonach die bisherigen Taxen zu hoch angesetzt gewesen seien und nun nach unten korrigiert würden. Die FDP-Fraktion beantragt, die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Andrea De Fregias, SP, erklärt, dass die SP-Fraktion die Abschreibung des Postulats unterstützt. Die verlangten Abklärungen seien mit dem Gutachten sowie den laufenden Arbeiten des Gemeinderats erfolgt. Die zentralen Fragestellungen seien erkannt worden und würden nun konkret bearbeitet.

Elif Cakar, Grüne/EVP, bedankt sich für die ausführliche Antwort und die geleistete Grundlagenarbeit des Gemeinderats. Sie weist darauf hin, dass im Bereich der Pflegefinanzierung weiterhin Herausforderungen bestehen und die Kosten in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter steigen werden.

Wichtig sei aus Sicht der Grünen, realistisch, sachlich und verantwortungsvoll zu bleiben, mit dem Ziel, eine menschliche, qualitativ hochwertige und gleichzeitig finanzierbare Pflege sicherzustellen.

Lukas Jegge, Mitte/GLP, dankt dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung des Postulats und die Einbeziehung der Erkenntnisse aus dem Gutachten der Universität Basel. Er erläutert, dass die Analyse deutlich zeige, dass die Kostenentwicklung in der stationären Langzeitpflege erhebliche finanzielle Herausforderungen mit sich bringe und dass frühere Kostenfestlegungen den Anforderungen an Wirtschaftlichkeit und Transparenz nicht genügt hätten. Das Postulat habe wichtige Impulse geliefert, und die eingeleiteten Schritte zeigten, dass der Gemeinderat die Problematik ernst nehme. Die Mitte/GLP-Fraktion nehme die Antworten zur Kenntnis und sei mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Rahel Bänziger, Grüne, bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäfts und spricht allen Beteiligten, insbesondere dem Gemeinderat und der Verwaltung, ihren Dank aus. Sie hält fest, dass sich gezeigt habe, dass die Vergabe der Studie richtig gewesen sei.

Der Präsident schreitet zur Abstimmung. Er erklärt, dass über die Kenntnisnahme der Antworten nicht abgestimmt werde, jedoch über den Antrag auf Abschreibung des Postulats.

Der Präsident gibt bekannt, dass das Postulat einstimmig abgeschrieben worden ist.

ABSTIMMUNG

Abschreibung des Postulats: 37 JA / 0 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 24)

BESCHLUSS

- ://:
1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten zum Postulat 89.
 2. Das Postulat wird abgeschrieben.
-

Traktandum 8

Gesch. Nr. 93

Interfraktionelles Postulat: Prüfung der Auswirkungen eines möglichen Austritts aus der Versorgungsregion ABS

Anschliessend ruft der Präsident Traktandum 8 auf, das interfraktionelle Postulat betreffend die Prüfung der Auswirkungen eines möglichen Austritts aus der Versorgungsregion ABS.

Birgit Schori, FDP, dankt im Namen der Unterzeichnenden für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Sie führt aus, dass die Rolle der Gemeindevertretungen in der Delegiertenversammlung gestärkt werden müsse. Ein Austritt aus der Versorgungsregion bringe unklare Konsequenzen mit sich und biete keine Garantie für tiefere Kosten. Zudem sei derzeit keine gleichwertige Alternative zur bestehenden Versorgungsregion vorhanden. Ein Anschluss an eine andere Region ohne Einflussmöglichkeiten sei kritisch zu beurteilen. Ein Austritt zum jetzigen Zeitpunkt sei daher nicht sinnvoll. Die FDP-Fraktion beantragt, die Antworten zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Elif Cakar, Grüne/EVP, bedankt sich bei der zuständigen Gemeinderätin und erklärt, dass die Fraktion Grüne/EVP der Abschreibung des Postulats zustimme.

Lukas Jegge, Mitte/GLP, dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen. Er erläutert, dass ein Austritt aus der Versorgungsregion rechtlich zwar möglich sei, jedoch keine zwingende Kostenreduktion zur Folge hätte und neue Risiken mit sich bringen würde. Die Mitte/GLP-Fraktion nehme die Antworten zur Kenntnis und sei mit der Abschreibung einverstanden.

Andrea De Freigab, SP, schliesst sich an und erklärt, dass auch die SP-Fraktion die Abschreibung unterstützt, da ein Austritt keine Garantie für tiefere Pflegekosten biete.

Der Präsident schreitet zur Abstimmung und gibt bekannt, dass auch dieses Postulat einstimmig abgeschrieben worden ist.

ABSTIMMUNG

Abschreibung des Postulats: 36 JA / 0 NEIN / 0 Enthaltungen (Abstimmung 25)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten zum Postulat 93.
2. Das Postulat wird abgeschrieben.
-

Traktandum 9

Gesch. Nr. 97

Postulat J. Noack, SP: Runder Tisch zum weiteren Vorgehen stationäre Langzeitpflege in Binningen

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

Der Präsident ruft anschliessend das letzte Geschäft der Sitzung auf, das Postulat von Jonathan Noack betreffend Runder Tisch zum weiteren Vorgehen stationäre Langzeitpflege in Binningen.

Jonathan Noack, SP, erläutert die Zielsetzung seines Postulats. Er hält fest, dass aktuell viele Gespräche auf verschiedenen Ebenen geführt würden, der Fokus jedoch stark auf der Höhe der Taxen liege. Ihm sei wichtig, dass ein strukturierter Austausch auf Augenhöhe zwischen allen Beteiligten in Binningen stattfinde. Dabei sollen auch Themen wie Zusammenarbeit, Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals und die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflege für ältere Menschen in Binningen behandelt werden. Er beantragt die Überweisung des Postulats.

Siri Hauri, Grüne/EVP, bedankt sich bei Jonathan Noack für das Postulat. Sie betont, dass neben den Kosten auch die Menschen, die in der Pflege arbeiten, im Zentrum stehen müssten. Sollte der Gemeinderat eine Behandlung über die Versorgungsregion bevorzugen, erwarte sie, dass sich die zuständige Gemeinderätin und die Delegierten für gute Arbeitsbedingungen einsetzen. Die Fraktion unterstütze die Stossrichtung des Postulats, folge jedoch dem Antrag des Gemeinderats und lehne die Überweisung ab.

Birgit Schori, FDP, dankt für das Postulat, hält jedoch fest, dass Arbeitsbedingungen und Qualitätssicherung in der Verantwortung der Leistungserbringer lägen und nicht durch Vorgaben der Gemeinde geregelt würden. Der Austausch finde bereits über die bestehenden Strukturen, insbesondere die Delegiertenversammlung, statt. Ein zusätzlicher runder Tisch sei daher nicht notwendig. Die FDP-Fraktion empfiehlt, das Postulat nicht zu überweisen.

Felix Gerber, Mitte/GLP, dankt ebenfalls für das Postulat und merkt an, dass die Diskussion zeige, dass die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bislang nicht immer klar gewesen seien. Er sieht Nachholbedarf in der Kommunikation und Koordination, hofft jedoch, dass die eingeleiteten Schritte zu einer Verbesserung führen.

Der Präsident schreitet zur Abstimmung und erklärt, dass mit Ja der Nicht-Überweisung des Postulats und mit Nein der Überweisung des Postulats zugestimmt werde. Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses stellt er fest, dass das Postulat nicht überwiesen ist.

ABSTIMMUNG

Nicht-Überweisung: 19 JA / 17 NEIN / 1 Enthaltungen

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird nicht überwiesen

Traktandum 10

Gesch. Nr. 46

1. Lesung Baumschutzreglement

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 53

Postulat K. Lancashire, FDP: Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 12

Gesch. Nr. 79

Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Investitionsausgabe für die Strassensanierung inkl. Einrichtung einer Begegnungszone Ziegel-/Schützenweg**BESCHLUSS**

://: Vershoben.

Interpellation R. Büchelin, SP: Tartanbahn Sportplatz Spiegelfeld**BESCHLUSS**

://: Vershoben.

Diversa

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP hält fest, dass alle wichtigen und dringenden Geschäfte an der heutigen Sitzung behandelt werden konnten. Infolgedessen wird auf die Sitzung vom 5. Januar 2026 verzichtet.

Er erinnert daran, dass der Einwohnerrat an der vorletzten Sitzung eine Spezialkommission zur Revision der Gemeindeordnung eingesetzt hat. In der Zwischenzeit hat das Einwohnerratsbüro Oliver Peter als zusätzliches Ersatzmitglied in diese Kommission gewählt.

Der Einwohnerratsausflug findet am Samstag, 21. März 2026, im Raum Arlesheim statt. Der Präsident bittet die Ratsmitglieder, sich diesen Termin zu reservieren, und würde sich über eine rege Teilnahme freuen.

Der Präsident weist darauf hin, dass dies die letzte Sitzung von Stephan Siegel und Richard Bräunlich ist. Richard Bräunlich, Mitglied der SP-Fraktion, gehört dem Einwohnerrat seit dem 1. Juni 2022 an und wurde im Jahr 2024 wiedergewählt. Er war seit Beginn Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK), anschliessend der Rechnungsprüfungskommission (RPK) sowie stellvertretendes Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Zudem amtierte er bis Juni 2024 als Stimmenzähler im Wahlbüro und ist seit August 2024 Mitglied des Sekundarschulrats.

Stephan Siegel, Mitglied der SVP-Fraktion, ist seit dem 1. Juni 2020 Mitglied des Einwohnerrats und wurde vor zwei Jahren wiedergewählt. Er war Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) und ist seit Anfang 2025 Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (RPK). Darüber hinaus

war er Mitglied der Spezialkommission Immobilien-Strategie und ist seit Anfang 2025 stellvertretendes Mitglied der Immobilienkommission.

Mit ihrem Austritt verliert der Einwohnerrat wertvolle fachliche Kompetenz insbesondere in den Bereichen Finanzen und Bildung. Er dankt beiden für ihr grosses Engagement und ihren Einsatz zugunsten der Gemeinde und bittet den Rat um Applaus [*Applaus*].

In den Einwohnerrat nachrücken werden Melanie Held (SVP) und Patrick Bürgler (SP). Der Präsident wünscht den beiden neuen Mitgliedern bereits jetzt viel Erfolg und Elan für ihr neues Amt.

Abschliessend lädt der Präsident im Namen der FDP zum Weihnachtsapéro ein und äussert den Wunsch, dass der weitere Verlauf des Abends von friedlichen, besinnlichen und heiteren Gesprächen geprägt sei und den persönlichen Austausch fördere.

ER-Sitzung vom
15. Dezember 2025

			2	3	4	5	6	7	Gesch. Nr. 88 8
Nr.	Name	Fraktion	Verschieben der Traktandenliste	Genehmigung Teuerungsausgleich von 0,3% für 2026	Genehmigung der Leistungsaufträge	Genehmigung des Globalbudgets von CHF 62'119'982	Genehmigung Positionen ausserhalb des Globalbudgets von CHF 60'022'098	Beschluss der Ansätze für die Gemeindesteuern	Genehmigung Budget der Erfolgsrechnung 2026
1	Bertschi	EVP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Nein	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Not voted
13	Müller	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
15	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
29	Lüthi - La Rocq	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung
31	Schori	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Not voted
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Gubelmann	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Not voted
35	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
36	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
37	Oberli	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
38	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
39	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
40	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Not voted
TOTAL									
Ja			27	37	35	28	37	36	24
Nein			9	0	0	7	0	0	5
Enthaltungen			0	0	1	2	0	0	1
			36	37	36	37	37	36	30

ER-Sitzung vom
15. Dezember 2025

			Gesch. Nr. 88B					Gesch. Nr. 95	
			9	10	11	12	13	14	15
			Direktbeschlüsse	Direktbeschluss Kunstrasen Spiegelfeld	Genehmigung des Stellenetats 2026	Genehmigung Empfehlungen der RPK	Schlussabtimung Budget	Auftrag: Aktualisierung Prioritätenmatrix Immobilieninvestitionen	Abschreibung dringliches Postulat Nr. 95
Nr.	Name	Fraktion							
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
8	Büchelin	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
9	De Fregias	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
12	Löhr	SP	Not voted	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
13	Müller	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
23	Behrends	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
28	Lancashire	FDP	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
29	Lüthi - La Rocq	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
30	Maier	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
32	Setz	FDP	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Gubelmann	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
35	Kremo	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
36	Marti	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
38	Schmid Fabini	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Not voted	Ja
39	Siegel	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
40	Steffen	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
TOTAL									
Ja			32	20	34	23	28	28	35
Nein			0	14	1	13	6	3	2
Enthaltungen			3	3	2	1	3	5	0
			35	37	37	37	37	36	37

ER-Sitzung vom
15. Dezember 2025

			Gesch. Nr. 99		Gesch. Nr. 105			
			16	17	18	19	20	21
			Beschluss Teilrevision Feuerwehrreglement Nr. 99	Ordnungsantrag Beendigung der Diskussion	Antrag SVP: Überweisung Gesch. Nr. 105 an die BPK	Beschluss des QP "Spiesshöfli"	Beschluss QP- Regelment "Spiesshöfli"	Antrag K. Müller, SP: Verzicht auf 2. Lesung QP- Regelment "Spiesshöfli"
Nr.	Name	Fraktion						
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Ja	Not voted	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Not voted	Ja
8	Büchelin	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Gerber	GLP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
24	Frauchiger	FDP	Not voted	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Nein
25	Giani	FDP	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
27	Kaiser	FDP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
28	Lancashire	FDP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Nein
29	Lüthi - La Roc	FDP	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
30	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
31	Schori	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Not voted	Nein	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Nein
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Not voted
34	Gubelmann	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
35	Kremo	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
36	Marti	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
37	Oberli	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
38	Schmid Fabini	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
39	Siegel	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
40	Steffen	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Not voted	Nein
TOTAL								
Ja			35	20	9	28	26	21
Nein			0	13	27	7	6	13
Enthaltungen			0	4	1	2	2	2
			35	37	37	37	34	36

ER-Sitzung vom
15. Dezember 2025

			22	23	Gesch. Nr. 89 24	Gesch. Nr. 93 25	Gesch. Nr. 97 26	
			Beschluss Zonenplan Siedlung und Landschaft, Mutationsplan "Spiesshöfli"	Beschluss Baulinienplan "Spiesshöfli"	Abschreibung Postulat Nr. 89	Abschreibung: Interfraktionelles Postulat Nr. 93	Nichtüberweisung Postulat Nr. 97	
Nr.	Name	Fraktion						
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
7	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
8	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
11	Lempert	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
14	Noack	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
23	Behrends	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
25	Giani	FDP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
28	Lancashire	FDP	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	
29	Lüthi - La Rocq	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
30	Maier	FDP	Nein	Nein	Ja	Not voted	Nein	
31	Schori	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
32	Setz	FDP	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	
33	Treuthardt	FDP	Not voted	Not voted	Ja	Ja	Ja	
34	Gubelmann	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	
35	Kremo	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	
36	Marti	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	
37	Oberli	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	
38	Schmid Fabini	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	
39	Siegel	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	
40	Steffen	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	
TOTAL								
Ja			26	27	37	36	19	
Nein			7	7	0	0	17	
Enthaltungen			3	2	0	0	1	
			36	36	37	36	37	